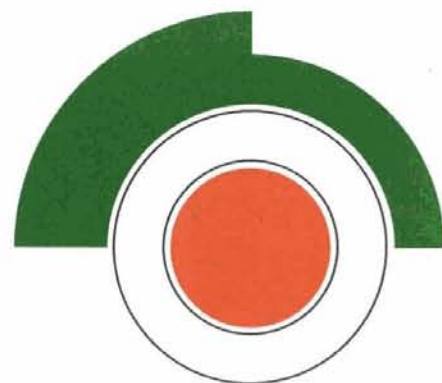


Nordrhein-Westfalen **Landtag** **intern 14**



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 32. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 9.10.2001

Kampf gegen Terror und Kriminalität

Im verstärkten Kampf gegen den Terrorismus soll der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz enger mit der Polizei zusammenarbeiten. Die Polizei des Landes soll — anders als bisher — verdachts-unabhängige Kontrollen durchführen und die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen soll erweitert werden. Der organisierten Kriminalität, die Staat und Gesellschaft zunehmend bedrohe, solle durch ein verbessertes Ausnutzen der vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten die Existenzgrundlage zerschlagen werden. Diese Maßnahmen nennen zwei Anträge der CDU-Fraktion (Drsn. 13/1607 und 13/1535), die der Landtag beraten und einstimmig an den federführenden Innenausschuss überwiesen hat.

(SPD) äußerte Zweifel, ob die Vielzahl der Vorschläge in der Sache weiterführe. Aus guten Gründen sollte es bei der Trennung von Polizei und Verfassungsschutz bleiben, fand er. Es seien schon jetzt zahlreiche Maßnahmen gegen Terrorismus eingeleitet worden. Was die Videoüberwachung öffentlicher Plätze gegen den Terrorismus ausrichten sollte, sei ihm unklar, unterstrich Horst Engel von der FDP, die einen eigenen Entschließungsantrag (Drs. 13/1657) vorgelegt habe. Wer über die schon erlassenen Gesetze hinaus Weiteres verlange, sollte zeigen, dass die geforderten Neuregelungen im Kampf gegen das Verbrechen auch tatsächlich wirken. Die CDU sollte nicht „die Leitplanken unseres liberalen Rechtsstaates marode reden“ und nicht weiter „rhetorisch aufrüsten“, mahnte Monika Düker (GRÜNE). Rot-Grün stelle in einem Entschließungsantrag (Drs. 13/1650) dar, wie man sich entschlossen den Herausforderungen für die innere Sicherheit zu stellen habe. Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) warnte vor Maßnahmen aus „parteilichem Kalkül“. Er halte nichts von einem Populismus, der nur Ängste in der Bevölkerung schüre. Die neue Dimension islamistischen Terrors sei für die „landespolitische Schaubühne“ nicht geeignet, fand der Minister.

Das Land habe in Sachen Sicherheit erheblichen Nachholbedarf, konstatierte Theodor Kruse (CDU). Es gehöre zu den klassischen Hoheitsaufgaben des Staates, die innere und äußere Sicherheit zu gewährleisten. „Im Rechtsstaat schuldet der Staat seinen Bürgern eine ebenso effiziente wie funktionstüchtige Sicherheitsgewähr, das heißt eine ebenso effektive wie schlagkräftige Polizei“, stellte Kruse fest. Hans-Peter Meinecke



Ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt mit seiner Teilnahme am Freitagsgebet im islamischen Zentrum der islamischen Gemeinde Aachen gesetzt. Vor den versammelten Gläubigen (Bild) wies Schmidt auf die ernsthaften Integrationsbemühungen im Land hin und verurteilte mit aller Deutlichkeit, dass nach den Terroranschlägen in den USA Muslime hierzulande tätlich angegriffen oder dass ihre Geschäfte gemieden würden. Wörtlich sagte der Präsident: „Die Vielfalt der Menschen, die sich auch in ihren Religionen ausdrückt, ist ein Geschenk und keine Bedrohung. Wenn die Religionen dieser Welt in Achtung zusammenstehen, dann wird der Terror keine Macht über uns gewinnen.“

Foto: Roeger

Die Woche im Landtag

Haushaltslesung Seite 4

Später als vorgesehen berät der Landtag in erster Lesung des Haushalts für das kommende Jahr. Konsolidierung bleibt auf der Tagesordnung.

Weltkindertag Seite 6

Gedämpfte Freude: Der Terroranschlag überschattete den Weltkindertag im Landesparlament.

Kinderrechte Seite 8

Sachverständige plädieren einhellig für die Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung.

Windkraft Seite 9

Spannende Frage im Umweltausschuss: Können Windenergieanlagen konventionelle Kraftwerke ersetzen?

Schule Seite 14

Zweiter Teil der großen Anhörung zum Thema „Selbstständige Schule“.

Wort und Widerwort

Wie setzt die Agrarpolitik die Gewichte zwischen ökologischer und konventioneller Landwirtschaft?

Die nach den Erfahrungen mit BSE breit angekündigte „Agrarwende“ schürt Verunsicherung: Soll die konventionelle Landwirtschaft zugunsten des ökologisch ausgerichteten Landbaus an den Rand gedrängt werden? Noch wirtschaftet die weit überwiegende Zahl der Landwirte nach herkömmlichen Prinzipien, ihre Produkte sind im Laden günstiger zu kaufen als Lebensmittel von Biohöfen — König Kunde steht vor der Entscheidung, was er vorzieht. (Seite 2)

Von Irmgard Schmidt (SPD)

Wir verfolgen das Ziel einer umweltgerechten und verbraucherfreundlichen Landwirtschaft. Dies ist ein wichtiger Beitrag zu mehr Lebensqualität und zur Stärkung ländlicher Regionen.



„Von der Ladentheke her zu denken“ heißt, das Bündnis zwischen Landwirten und Verbrauchern ins Zentrum zu stellen. Mehr Transparenz, höhere Rechtssicherheit und die Ausrichtung auf natur- und gesundheitsgerechte Nahrungsmittel aus der Region dienen diesem Ziel. Das verlangt von allen Beteiligten, diesen Reformweg mitzugehen.

Wir wollen eine Steigerung des Anteils ökologisch wirtschaftender Betriebe, doch dürfen

die konventionelle Landwirtschaft und der Ökolandbau nicht gegeneinander ausgespielt werden. Beide Wirtschaftsformen werden sich ergänzen, beide können voneinander lernen, und für landwirtschaftliche Produkte beider Wirtschaftsformen gibt es gute Märkte.

Bund und Länder haben sich auf neue Fördergrundsätze zur Entwicklung des ländlichen Raums verständigt, die den ökologischen Landbau intensiver fördern als bisher und die konventionelle Landwirtschaft beim Umstieg auf eine artgerechte und flächengebundene Tierhaltung unterstützen. Letztlich werden aber die Verbraucherinnen und Verbraucher darüber entscheiden, welchen Anteil der ökologische Landbau an der Gesamtproduktion in Deutschland einnehmen wird. Von herausragender Bedeutung wird dabei sein, dass Ökoprodukte auch in Supermärkten zu angemessenen Preisen angeboten werden. Für Sozialdemokraten ist es unverzichtbar, dass gesunde Nahrungsmittel aller Produktionsformen für alle zu bezahlbaren Preisen verfügbar sein müssen.

Von Felix Becker (FDP)

Die von den Landwirtschaftsministerinnen in NRW und auf Bundesebene eingeleitete Agrarwende bedeutet Wettbewerbsverzerrung und wird durch die tatsächliche Nachfrage der Verbraucher nicht gerechtfertigt.



Die konventionelle Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte hat in NRW eine Qualität, die keinen Grund bietet, die ökologische Produktion durch staatliche Eingriffe zu bevorzugen. Ministerin Höhn setzt die Gewichte einseitig

zugunsten der ökologischen Landwirtschaft. Ihr Ziel, dieser Produktionsweise einen Marktanteil von 20 Prozent (aktuell etwa drei Prozent) verschaffen, ist nach Expertenmeinung illusorisch. Laut einer Studie des Soester Fachbereichs Agrarwirtschaft der Universität Paderborn werden Ökoprodukte perspektivisch einen Marktanteil von höchstens zehn Prozent erreichen. Sollte es durch die zahlreichen finanziellen Anreize zu einer Überproduktion von Ökoprodukten kommen, würden die Preise unter Druck geraten und neuer Subventionsbedarf entstehen. Eine einseitige agrarpolitische Bevorzugung läuft deshalb dem Ziel zuwider, die Landwirtschaft auf längere Sicht von staatlicher Unterstützung unabhängig zu machen. Erst in der vergangenen Woche wurde den Betrieben, die von konventioneller auf ökologische Produktionsweise umstellen, die Verdoppelung der Flächenprämien versprochen. Allein diese Fördermaßnahme belastet den Landeshaushalt mit zwei Millionen Mark jährlich – gegenüber dem Etat der Werbekampagne der Landesregierung für den Ökolandbau ist dies sogar noch wenig: Auf Acht Millionen Mark schätzt Ministerin Höhn die Kosten. Diese Steuergelder wären sinnvoller für die Beseitigung von Tiermehl oder die Finanzierung der BSE-Tests eingesetzt. Stattdessen aber müssen sich die Landwirte über unsachgemäße Auflagen im Arzneimittel- und Baurecht, bei Schweinehaltung und Natur- und Immissionsschutz ärgern.

Von Eckhard Uhlenberg (CDU)

Die Entscheidung über die Zukunft der konventionell oder alternativ betriebenen Landwirtschaft trifft der Markt, treffen die Verbraucher. Starre Zielvorgaben der rot-grünen Landesregierung in NRW und der rot-grünen Bundesregierung sind abzulehnen.



Gerade in NRW mutet die Zielvorgabe von 20 % Ökolandbau an wie die Quotenjagd eines schlechten Fernsehkanals: Masse statt Klasse, untere Schublade statt Qualität. Wie sonst ist es zu erklären, dass Rot-Grün in Düsseldorf und in Berlin gegenüber der Europäischen Union (EU) bei den Produktionsmethoden in der Landwirtschaft auf höhere nationale Standards setzt, bei der Einführung eines Siegels für Produkte des alternativen Landbaus jedoch die guten und bewährten Standards der Arbeitsgemeinschaft ökologischer Landbau (AGÖL) den wachsenden Anforderungen der EU opfert. Das ist nicht in Ordnung. Das ist eine schallende Ohrfeige für die Landwirte, die bisher ernsthaft den alternativen Landbau in Deutschland und in NRW betrieben haben. Nicht umsonst stehen nach einer Umfrage von Emnid über zwei Drittel der Verbraucher dem neuen Siegel skeptisch gegenüber.

Die CDU ist für ein Ökosiegel nach den strengen Vorgaben der AGÖL. Das Prüfzeichen sollte privat-rechtlich organisiert und staatlich kontrolliert sein. Die Einführung eines Siegels für konventionell erzeugte Produkte lehnen wir ab. Es unterstellt eine Zwei-Klassen-Gesellschaft bei Lebensmitteln, die es nicht gibt. So hat beispielsweise auch das vom nord-

rhein-westfälischen Verbraucherschutzministerium mitgetragene Lebensmittelmonitoring von Bund und Ländern wiederholt – zum letzten Mal im Juni 2001 – festgestellt, dass konventionell hergestellte Produkte qualitativ hochwertig und sicher sind. Wir wollen Zertifizierungssysteme für die landwirtschaftlichen Betriebe im Sinne einer sicheren und qualitativ hochwertigen Erzeugung von Lebensmitteln. Kurz: Die CDU ist gegen eine Agrarpolitik für 5, 10 oder 20 Prozent der Landwirte. Wir wollen eine Agrarpolitik, die allen Betrieben Zukunftschancen bietet.

Wie setzt die Agrarpolitik die Gewichte zwischen ökologischer und konventioneller Landwirtschaft?

Von Reiner Priggen (GRÜNE)

Jahrzehntelang ist eine Agrarpolitik gemacht worden unter der Zielsetzung: immer mehr Nahrungsmittel erzeugen zu immer niedrigeren Preisen. Da die Preise, die ein Landwirt für seine Produkte erhielt, immer niedriger wurden, konnten die konventionellen Bauern nur überleben, wenn sie über mehr Hektar und mehr Viehbestand, über die



Menge das Einkommen sicherten. „Wachsen oder weichen“ ist das Stichwort. Wer aber mehr Vieh mit dem gleichen Personal bewirtschaften will, braucht andere Haltungsformen als die artgerechte Haltung auf Stroh. Käfigbatterien, Massentierhaltung ohne Fläche, Tiermehl und Antibiotika im Futter waren die Folgen. Wer seine Tiere schneller zum Schlachtgewicht bringt, schneller mästet, kann mehr umsetzen. Zwar konnte sich in den 50er Jahren ein Industriearbeiter von seinem Stundenlohn nur acht Eier kaufen und heute 135, der Preis dieser industrialisierten Landwirtschaft ist aber hoch, wie die Lebensmittelskandale der letzten Jahre zeigen. Ein Mehr an Qualität in der Landwirtschaft ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Die BSE-Krise hat unübersehbar deutlich gemacht: Die industrialisierte, anonyme Massenproduktion von Nahrungsmitteln ist eine verhängnisvolle Sackgasse.

Neben den kurzfristigen Maßnahmen ist es erforderlich, unsere Landwirtschaftspolitik selbst auf den Prüfstand zu stellen. Ökologischer Landbau, Regionalvermarktung, die Knüpfung der Agrarsubventionen an ökologische und soziale Qualitätskriterien: Dies alles ist jetzt auf der politischen Tagesordnung.

Die Landwirtschaft der Zukunft muss verbraucherorientiert, umweltfreundlich und tiergerecht sein. Wir stehen mit dieser Einschätzung nicht allein. Die Gesellschaft fordert diesen Wandel ein. Viele Landwirte beginnen umzudenken und sich jenen anzuschließen, die bereits ökologischen Landbau betreiben. Wir GRÜNEN drängen seit 20 Jahren auf einen grundlegenden Wandel in der Agrarpolitik. Wo Massentierhaltung und Industrialisierung zu Prinzipien erhoben werden, bleiben Verbraucher- und Naturschutz auf der Strecke.

Die Chancen für ein Umsteuern in der Agrarpolitik sind so gut wie nie. Zum ersten Mal haben wir mit Renate Künast und Bärbel Höhn zwei Ministerinnen, die Verbraucherinteressen gegen kurzfristige Lobbyinteressen durchsetzen können.



Ein neues Instrument zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit schlugen SPD und GRÜNE vor, v.l. Rainer Bischoff (SPD), Barbara Steffens (GRÜNE); die Opposition äußerte sich zustimmend, aber auch skeptisch (weiter v.l.): Hermann-Josef Arentz (CDU), Dr. Ute Dreckmann (FDP). Fotos: Schälte

SPD/GRÜNE für neues Instrument der Beschäftigungspolitik

Transfergesellschaften: Gar nicht erst arbeitslos werden

Rainer Bischoff (SPD) erläuterte, Beschäftigtentransfer habe sich in den letzten Jahren in der betrieblichen Praxis außerordentlich bewährt. Meist in größeren Unternehmen hätten Betriebsräte und Unternehmen dieses Instrument besonders in Krisenzeiten erfolgreich angewandt. Durch den Antrag der SPD- und GRÜNE-Fraktionen solle es nun zur Regelung auf dem Arbeitsmarkt dienen. Auch könne sich jemand an die Transfergesellschaft wenden, der von Arbeitslosigkeit bedroht sei. Die Transfergesellschaft vermittele gezielt neue Arbeitsplätze, betreibe zielgerichtete Qualifizierung und pflege Kontakte mit Unternehmen. Alle Beteiligten hätten Vorteile von der neuen Systematik, in die auch die Arbeitsämter, Betriebe, Existenzgründer und Insolvenzverwalter eingebunden seien.

Barbara Steffens (GRÜNE) ergänzte, es solle ein beschäftigungspolitisches Gesamtkonzept vorgelegt werden. Transfergesellschaften sollten den schnellen Übergang in eine neue Beschäftigung ermöglichen. Sie würden aus Sozialplanmitteln finanziert. Aber die Ansprüche von Beschäftigten, die

Der Landtag überwies den Antrag von SPD und GRÜNEN „Arbeitslosigkeit verhindern – Beschäftigtentransfer unterstützen“ (Drs. 13/1603) nach der Aussprache in die Ausschussberatung (federführend an den Ausschuss für Arbeit/Soziales und mitberatend an den Ausschuss für Frauenpolitik).

ihren Arbeitsplatz verlieren, auf Auszahlung der ungekürzten Abfindung sollten erhalten bleiben. Das sei für die GRÜNEN wichtig, damit Menschen sich auch für andere Perspektiven entscheiden könnten.

Hermann-Josef Arentz (CDU) begrüßte die Zielsetzung der Transfergesellschaften, die keine Beschäftigungsgesellschaften sein sollten. Mit der Finanzierung auch aus Sozialplanmitteln solle es nicht darum gehen, eine Geldleistung zu organisieren, sondern die Beschäftigungsfähigkeit des Einzelnen zu stärken. Über den Einsatz von Landesmitteln müsse geredet werden. Transfergesellschaften lösten das Problem Arbeitslosigkeit nicht. Aber für jede neue Idee müsse man dankbar sein. Die Bundespolitik müsse für mehr Wirtschaftswachstum sorgen. Steigende Steuern und Abgaben seien Gift für den Arbeitsmarkt. Die CDU halte ein Vorziehen der nächsten Steuerreformen für dringend. NRW sei das arbeitsmarktpolitische Sorgenkind Deutschlands. Bei den aktuellen Arbeitslosenzahlen könnten einem Tränen des Entsetzens kommen. Laut WestLB-Studie sei bei 60 Prozent die Diskrepanz zwischen nachgefragter und angebotener Qualifikation die Ursache.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) stimmte dem Vorredner zu, das beste Mittel seien neue Arbeitsplätze. Aber die Wirtschaft baue weiter massiv ab. Beim deutschen Einzelhandel und bei Großbanken seien 45 000 Stellen bedroht. Im Ruhrgebiet sei die Stimmung der Unternehmen sehr mies. In Bochum sei das gesamte Rathaus-Einkaufszentrum leergezogen. In Wattenscheid vermittele die Innenstadt das Bild eines sterben-

den Quartiers. Jobvermittlung und Qualifizierung sei Aufgabe der Arbeitsämter, wozu also Transfergesellschaften, fragte die Rednerin. Am Zustand „Arbeitslos“ änderten sie nichts, und ältere Arbeitslose hätten auch bei denen keine Chance. Die FDP wolle Kosten und Nutzen von Transfermaßnahmen für 8 842 Personen in 95 Transfergesellschaften erfahren.

Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) nannte zwei Ziele. Den Leuten solle die Arbeitslosigkeit erspart werden, und es solle der Übergang in den ersten Arbeitsmarkt organisiert werden. „Wir wollen keine Warteschleifen und keine Extrarunden“, sagte der Minister. Arbeitslose verlören oft ihr Selbstwertgefühl. Schon der erste Tag der Arbeitslosigkeit solle vermieden werden. Zurzeit werde der Transfergedanke in zwei Modellversuchen auch beim Handwerk umgesetzt. Drittens solle es Dienstleistungseinrichtungen geben, die wie Transfergesellschaften organisiert würden. Der Transfer-Gedanke solle ein wichtiges Instrument gegen verhärtete Strukturen werden. Die Konjunktur allein beseitige die Arbeitslosigkeit nicht. Die Politik dürfe sich auch nicht übernehmen. Die Landesarbeitsmarktpolitik greife neue Initiativen auf und führe Modellversuche durch, die bei Erfolg von der Bundesanstalt für Arbeit aufgegriffen werden müssten und für die dann auch Landesmittel bereitgestellt werden könnten.

Familienministerin als Abgeordnete verpflichtet



Familienministerin **Birgit Fischer** (SPD) ist als neue Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen verpflichtet worden. Die Ministerin ist für die verstorbene Landtagsabgeordnete **Anette Breitbach-Schwarzlose** nachgerückt. Foto: Schälte

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 15. November 2001 ein: 8.00 Uhr Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und 9.15 Uhr Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.



Erste Lesung

Konsolid
KatasGeneralabrechn
Koalition beha

Verteidiger des eingeschlagenen Konsolidierungskurses (v.l.): Ernst-Martin Walsken, Heinz Wirtz (beide SPD), Edith Müller, Ewald Groth (beide GRÜNE) und Finanzminister Peer Steinbrück (SPD).

Helmut Diegel (CDU) hielt der Landesregierung vor, sie sei weder erfolgreich, noch spare sie, noch denke sie an die Zukunft unserer Kinder: „In Wirklichkeit produzieren Sie weiterhin hemmungslos neue Schulden — übrigens auf Kosten unserer Kinder — und fahren somit das Land Nordrhein-Westfalen weiter in die Pleite — auch das auf Kosten unserer Kinder.“ Die Gesamtverschuldung steige auf eine neue Rekordhöhe von 89,7 Milliarden Euro, dafür sanken die Investitionen auf ein historisches Tief von 4,5 Milliarden Euro. Zum ersten Mal gebe das Land mehr Geld für Zinsen als für Investitionen aus. Diegel in Richtung des Ministerpräsidenten: „Das ist nicht nur für das Land katastrophal, das ist auch eine Bankrotterklärung für Ihre Landesregierung.“ Das Land sei finanziell ruiniert, die Reserven seien verbraucht, Chancen wurden nicht genutzt.

Ernst-Martin Walsken (SPD) konterte: Die CDU habe die Chance nicht genutzt, ein Alternativkonzept vorzulegen. Der vorliegende Haushaltsentwurf sei ein „Zwischenschritt auf dem Weg zu einer langfristigen Haushaltskonsolidierung“. Das könne nicht in einem Jahr erfolgen, sondern sei ein Prozess, bei dem man einen langen Atem haben müsse. Diese Konsolidierung führe zum ersten Mal dazu, „dass es an einigen Ecken quietscht“, sagte Walsken unter Hinweis auf Personalabbau (im vergangenen Jahr 3 000 Stellen) — die CDU dagegen fordere mehr Lehrer, mehr Polizisten, mehr Justizbeamte. Die Koalition sei ein solider Partner der Kommunen, aber die kommunale Finanzreform müsse endlich vorankommen, die Grenzen der Verantwortung zwischen Land und Kommunen seien klar zu ziehen.

Angela Freimuth (FDP) beklagte die Zinslast des Landes, die erstickte „heute und auf absehbare Zeit jeglichen Handlungs- und Gestaltungsspielraum“. Eine solche Verschuldung zu billigen, das sei „unsozial, unverantwortlich und generationenfeindlich“. Die Investitionsquote liege nur um knapp 0,1 Prozent über der Zinsquote. Auch in den kommenden Jahren sei mit einer weiteren Nettoneuverschuldung zu rechnen; da seien mutige Reformen ebenso wie Sparen nötig. Im Interesse der nachfolgenden Generationen seien Kürzungen im Bibliotheksbereich oder bei der Kinder- und Jugendhilfe nicht nachvollziehbar. Der Rotstift sollte bei anderen Programmen angesetzt werden, bei den drückenden Personalkosten und Versorgungslasten sei über eine nachhaltige Lösung nachzudenken. Der Staat

solle sich bei seinen Aufgaben auf die Kernkompetenzen beschränken.

Edith Müller (GRÜNE) nannte als Ziele bündnisgrüner Haushaltspolitik die Finanzierung der klassischen öffentlichen Aufgaben wie innere Sicherheit, Ausbildung und Infrastruktur. Hinzu komme, dass das Land auch weiter sozial und ökologisch reformiert werden solle, und zum Dritten wolle ihre Fraktion mehr Handlungsspielräume für Reformen schaffen, etwa in der ökologischen Landwirtschaft, in der alternativen Energiewirtschaft oder im Bereich Arbeit und Soziales. Was die Zinsen angehe, sei an die Festlegung zu erinnern, dass es keine Erhöhung der Neuverschuldung gebe. Vorschläge eines Vorziehens der nächsten Stufen der Steuerreform erteilte sie eine Absage.

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, wies auf das nach seinen Worten „verheerende Echo“ hin, dass der vorliegende Haushaltsentwurf bei seiner Einbringung gefunden habe: „Jetzt rächt es sich, dass die SPD das Geld lange Jahre mit vollen Händen ausgegeben hat. Jetzt sitzt Rot-Grün in der Schulden- und Pensionsfalle und ist praktisch handlungsunfähig.“ Die SPD im Lande sei „ausgelaugt, abgewirtschaftet, führungslos, ahnungslos, bedeutungslos“. In den letzten 30 Jahren sei nie eine Mark Schuld netto getilgt worden, klagte Rüttgers, jedes neu geborene Landeskind habe ab der ersten Minute eine Landesschuld von 5 000 Euro. Es sei Hohn, da von einem Sparen für unsere Kinder zu reden, wie die Regierung es tue. Die Regierung investiere nicht genug, sie habe die Personalkosten nicht im Griff und trenne sich nicht entschieden genug von staatlichen Aufgaben. Der Haushaltsentwurf für 2002 sei jetzt schon Makulatur, der habe ein Loch in Milliardenhöhe. Die Kommunen würden „ausgeplündert“. Der Haushalt sei ein Dokument des Versagens und Scheiterns.

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, sah seine Hoffnung enttäuscht, bei der Debatte werde man sich über politische Differenzen verständigen und über die üblichen Unterstellungen und Beleidigungen hinauskommen. Der CDU-Oppositionsführer sei wieder in die alten Rituale zurückgefallen und habe wieder in die Mottenkiste gegriffen: „Aus meiner Sicht haben Sie eine miserable Rede zur falschen Zeit gehalten“, stellte Moron fest und wies das Wort von der „Versündigung an unseren Kindern“ energisch als „Quatsch, Worthülsen und leeres Stroh“ zurück: Die Wirklichkeit sei ganz anders. In wichtigen Fragen sei man sich doch viel näher und in den Zielen einig — warum da eine solche Show-Veranstaltung? Warum nicht einmal herausstellen, worin man einig sei im Lande, zum Beispiel bei der groß angelegten Integrationsoffensive, bei der Förderung des Mittelstands als tragender Säule auf dem Arbeitsmarkt, beim

Strukturwandel des Landes? Er wisse nicht, ob es ein anderes Bundesland geschafft habe, was NRW gelungen sei, nämlich die Ausgaben des Landes im kommenden Jahr ein halbes Prozent niedriger ausfallen zu lassen als dieses Jahr. Bei zurückgehenden Steuereinnahmen und geringerer Kreditaufnahme müsse man in das Ausgabegefüge des Haushalts eingreifen. Die Opposition aber wolle alles: Steuern senken, Verschuldung verringern und mehr ausgeben — das funktioniere nicht.

Jürgen Möllemann, FDP-Fraktionsvorsitzender, meldete viermal Fehlanzeige in der nordrhein-westfälischen Politik: beim Sparen bei den Personalkosten, beim Bürokratieabbau, beim Abbau von Subventionen, „vor allem bei der Steinkohle“ und beim neuen finanzpolitischen Kurs für Bildung und Mobilität. Stattdessen: „Blutiges Sparen im Bereich Soziales, keine Impulse für Wirtschafts- und Verkehrspolitik, Streichung im Bereich der Existenzgründungsbeihilfen und halbherziges Herumdoktern in der Bildungspolitik.“ Jedes Jahr werde vom Finanzminister die Haushaltskonsolidierung versprochen, „doch stets aufs Neue stellt sich heraus: Das Land nimmt immer mehr ein und gibt Jahr für Jahr immer mehr aus — leider immer weniger für die Zukunft“.

Sylvia Löhrmann, GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende, versprach, der begonnene Konsolidierungskurs werde fortgesetzt und verstetigt. Das Land solle weiterhin handlungsfähig bleiben; die Pensionslasten und Zinsbelastungen sollen ihm nicht die Luft abschnüren. Es sei ein Bündel von Maßnahmen wie die bessere Bekämpfung von Steuer- und Wirtschaftskriminalität, die Entwicklung neuer Finanzierungsinstrumente und die Überprüfung von Förderprogrammen



Haushalt ante portas: Landtagsmitarbeiter Peter Troitzsch

Entwurf 2002

Kommunikation oder Katastrophe?

... der Opposition/
... auf ihrem Kurs



vorgesehen. Lohrmann: „Alles muss auf den Prüfstand, aber unter dem Kriterium der Nachhaltigkeit, und zwar nicht nur der finanziellen, sondern auch der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit.“ Ein Bereich müsse aus der Spardebatte herausgehalten werden, die Bildung. Sie sei das zentrale Feld der Landespolitik.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) erkannte in den Oppositionsbeiträgen Allgemeinplätze und Plattitüden, die auch durch Wiederholung nicht besser würden. Der CDU-Chef sollte bescheidener auftreten und nicht die Chuzpe haben, bei der Verschuldensentwicklung und Zinsbelastung so aufzutreten: Er sei doch als Zukunftsminister Mitglied einer Bundesregierung gewesen, in deren Zeit die Verschuldung des Bundes um 45 Prozent gesteigert worden sei. Der Minister geißelte die Oppositionsstrategie, im Land überall von der Notwendigkeit zum Sparen zu reden, wenn aber gespart werde, zu erklären, dies geschehe an der falschen Stelle. Andererseits verlange sie aus „postmoderner Beliebtheit“ Verbesserungen und neue Stellen, ohne einen einzigen Finanzierungsvorschlag zu unterbreiten. „Die Landesregierung wird bei ihrem Konsolidierungskurs bleiben“, versprach Steinbrück.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) konstatierte: „Diese Landesregierung wird ihren Kurs weitergehen, auch in schwierigster Zeit.“ Es bleibe Ziel, die Jugendarbeitslosigkeit bis 2005 auf Null zu bringen und die Zahl der Arbeitslosen in diesem Zeitraum auf unter 500 000 zu verringern. Dazu gehe man verschiedene Wege; die wirkliche ökonomische Erneuerung, eine alle Möglichkeiten öffnende Beschäftigungspolitik, Ausbau der Ganztagsbetreu-

ung von Kindern und Reform des Bildungssektors. Der Investitionsstau im Lande solle durch Vorziehen von Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen bei Straßen und Schiene — hier nannte der Regierungschef den geplanten Metrorapid — und durch die Schulpauschale in Höhe von zehn Milliarden aufgehoben werden. Clement fasste zusammen: Priorität hätten unverändert Beschäftigungspolitik, Gründungspolitik, Technologiepolitik, Bildungspolitik.

Hermann-Josef Arentz (CDU) stellte die sozialpolitische Verantwortung des Landes in Frage; Sozialpolitik werde im Zeitalter der Globalisierung immer wichtiger. In diesem Zusammenhang kritisierte er nachdrücklich, dass die Landesregierung den „tiefen Griff“ in die Kasse der Stiftung Wohlfahrtspflege tue. Die Mittel für die Alternerholung würden von fünf Millionen auf Null reduziert. Aus der Förderung der komplementären ambulanten Dienste wolle man aussteigen.

Horst Vöge (SPD) wies Vorschläge zu einem Niedriglohn-Job-Sektor zurück: Das führe nur zu einem zweiten Arbeitsmarkt, der von der öffentlichen Hand mit Milliardensummen finanziert werden müsse. Die unbestrittenen Probleme mit den Altenheimen würden angegangen, zusammen mit den Spitzenverbänden und den Landwirtschaftsverbänden werde man sie gemeinsam und nach und nach meistern.

Gemeindedefinanzierung

Manfred Palmen (CDU) meinte, aus dem vorliegenden Gemeindedefinanzierungsgesetz könne er beweisen, dass die Landesregierung zu Lasten anderer, der Gemeinden, Städte und Kreise, spare. Sie würden nicht in vollem Maß an der Steigerung der Verbundgrundlagen des allgemeinen Steuerverbunds beteiligt, zudem werde ihnen weitere Millionen Euro entzogen, weil das Land Belastungen auf die Kommunen verlagere. Außerdem enthalte der Entwurf zahlreiche Kürzungen von Förderprogrammen. Die Folge: Zu den Altfehlbeträgen von 2,7 Milliarden Euro kämen weitere zu erwartende Fehlbeträge von zwei Milliarden Euro hinzu — „dabei stehen die Kommunen in NRW vor den gleichen, wenn nicht noch schlimmer werdenden und kaum lösbaren Finanzproblemen wie in den vergangenen Jahren“.

Heinz Wirtz (SPD) stellte fest, das GFG enthalte neben einigen strukturellen Änderungen eine deutliche Steigerung der allgemeinen und zweckgebundenen Finanzzuweisungen. Gegenüber 2001 gebe es eine Steigerung um 3,4 Prozent oder 240 Millionen Euro. Hinzu komme eine Nachzahlung von 184 Millionen Euro aus der Abrechnung des Steuerverbunds 2001. Insgesamt stünden den Gemeinden mehr als 7,3 Milliarden

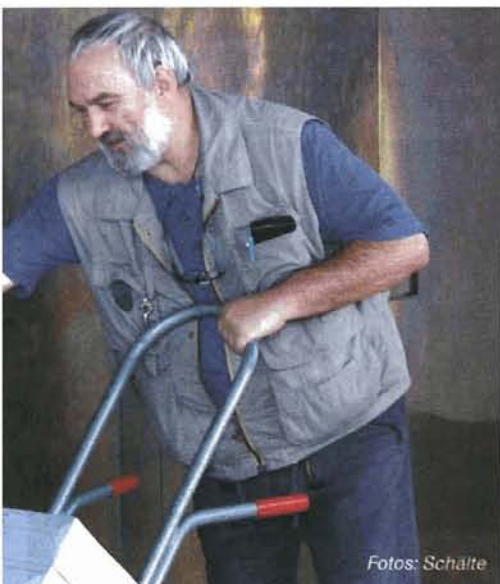
Ankläger in Sachen Schulden und Kürzungen (v.l.): Helmut Diegel, Dr. Jürgen Rüttgers, Manfred Palmen (alle CDU), Angela Freimuth und Dr. Ingo Wolf (beide FDP).

Euro zur Verfügung: „Das ist eine gute Nachricht für die Kommunen unseres Landes.“ Für die SPD habe die Steigerung der Schlüsselzuweisungen absoluten Vorrang; hier gebe es ein Plus von drei Prozent oder 176 Millionen auf jetzt 6,05 Milliarden Euro. Zur Besserung der kommunalen Finanzlage sei strenge Ausgabendisziplin ebenso notwendig wie zuverlässige Einnahmequellen.

Dr. Ingo Wolf (FDP) erinnerte daran, dass die kommunale Finanzierungsnot nicht über Nacht gekommen ist, sondern jahrelang gewachsen sei. Seit 1981 werde, ohne jemals die Aufwendungen der Kommunen für staatliche Aufgabenerledigung zu quantifizieren, ein Steuerverbundsatz von 23 Prozent zu Grunde gelegt „und anschließend scheinbarweise bei den Kommunen immer Neues draufgepackt: Asylbewerberversorgung, Sozialhilfe, Kindergärten“. Eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sei längst überfällig, nicht erst seit Wegbrechen der Gewerbesteuer. Kernpunkt der Reform sei dabei für ihn der Wegfall der Gewerbesteuer und Ersatz durch eine höhere Umsatzsteuerbeteiligung und ein eigenes Hebesatzrecht bezogen auf die Einkommensteuer.

Ewald Groth (GRÜNE) unterstrich, jede vierte Mark fließe in die Kommunen, das sei zusammen mit der Verbundquote von 23 Prozent bundesweit ein Spitzenwert. Auch er hielt eine grundsätzliche Gemeindedefinanzreform für unumgänglich. Vorbehalte knüpfte Groth an die Erstattung der überdurchschnittlichen Schülerfahrtkosten, eine Spitzabrechnung würde ökonomisches Verhalten fördern. Der Sprecher machte den Vorschlag, im Rahmen der Eine-Welt-Politik darüber nachzudenken, „ob wir nicht im Rahmen des GFG eine Mark pro Einwohner für den Dialog der Kulturen ausgeben“.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) wies auf das deutliche Plus bei den Strukturdaten des GFG hin, während der Landeshaushalt ein Plus/Minus vor sich schreibe. Der Minister: „Das heißt, dass wir mit dem Entwurf des GFG entgegen der Entwicklung des Landeshaushalts unserer auch rechtlichen Verpflichtung, im Rahmen der Leistungsfähigkeit des Landes die Kommunen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben finanziell zu unterstützen und sie entsprechend auszustatten, weiß Gott gut nachkommen.“ Die Kommunen könnten sich auf die Landesregierung verlassen, sie hätten im Land einen Partner, „der ihnen auch in schwierigen finanziellen Situationen das zukommen lässt, was er selbst erbringen kann“.



Fotos: Schälte

... die Bände des Haushaltsentwurfs in den Plenarsaal.

Weltkindertag diesmal ni

Schatten übe

Vor dem Hintergrund des T
im Landtag ihr Engagemen

Neben der Steinbrink-Grundschule stellten acht weitere Schulen und soziale Einrichtungen ihre Projekte vor. So sorgten vier junge türkischstämmige Rapper des Amtes für Jugendarbeit der evangelischen Kirche vorübergehend für Disco-Stimmung. Kinder der Realschule Mettmann haben eine Patenschaft für ein Kind in Brasilien übernommen. Südamerikanisch geprägt war das Projekt von Lippstädter Schülern, die ihr Schulgebäude zusammen mit einem Künstler aus Nicaragua bemalt haben. Gesamtschüler aus Schwerte zeigten ein Video von Aufführungen ihres „Zirkus gegen Rassismus“.

Vorgestellte Projekte

In Oberhausen haben behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam in mehreren Workshops die tamilische Kultur kennengelernt; zum Abschluss ihrer Präsentation trugen sie ein tamilisches Kinderlied vor. Grundschüler aus Arnsberg-Hüsten betätigten sich als Nachwuchshistoriker und präsentierten dem Kinderplenum ihr „Gedenkbuch Werner Grünwald“. Zum Abschluss sangen die Kinder der Hauptschule Alte Geer aus Gevelsberg ein Lied aus ihrem Musical „SOS in Feuerland“ und verteilten regenbogenfarbene Stirnbänder als Symbol für kulturelle Vielfalt und Toleranz.

gleitet haben: Ohne die engagierten Lehrerinnen und Lehrer wären sie nicht möglich gewesen.

„Mitmenschlichkeit, Nächstenliebe und Solidarität sind unbezahlbare Werte. Sie können auch durch kein Gesetz erzwungen werden; sie müssen praktisch vorgelebt werden.“ Gerade dies werde in den Projekten deutlich. Junge Menschen widerlegten damit den Eindruck, unsere Gesellschaft sei kalt, egoistisch und rücksichtslos. Schmidt: „Dafür danke ich euch, auch im Namen aller Abgeordneten dieses Parlaments.“

„Freunde über alle Grenzen“

Unter dem Motto „Freunde über alle Grenzen — Für Toleranz und Zivilcourage“ kamen am 20. September über 700 Kinder aus ganz Nordrhein-Westfalen zusammen. Zu Beginn des Weltkindertags steigen unter großem Jubel der Schülerinnen und Schüler mehrere Hundert bunte Ballons in den grauen Himmel. Im bis auf den letzten Platz gefüllten Plenarsaal lauschten die Kinder aufmerksam den Begrüßungsworten von Landtagspräsident Ulrich Schmidt und dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Paul Spiegel.

Neun nordrhein-westfälische Schulen präsentierten ihre Projekte gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Hass. Landtagsabgeordnete und Minister, die diesmal das Rund des Plenarsaals den jungen Menschen überlassen hatten und statt reden einmal selber zuhören durften, taten dies mit Ernst und Interesse. Danach nahmen die Kinder und Jugendlichen die Volksvertreter ins Verhör: Fragen zur Ausländerintegration, zum Rassismus und zur Jugend- und Schulpolitik standen dabei im Vordergrund. Moderiert wurde der Aktionstag von Michael Thamm (WDR).

Über der gesamten Veranstaltung schwebten die Bilder von den terroristischen Anschlägen in den USA. Alle hatten Verständnis dafür, dass das für den Nachmittag vorgesehene Musikprogramm abgesagt werden musste. Man habe in dieser traurigen Situation darauf verzichtet, erklärte der Landtagspräsident. Aber das Programm werde zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt — „das ist versprochen“.

Landtagspräsident dankt der Jugend

Signal
gegen
Gewalt
geht
nach
draußen

„Wir schauen nicht weg, wir können und wollen uns an Gewalt einfach nicht gewöhnen! Das soll das Signal dieses Kindertages sein.“ Er sei froh, erklärte Landtagspräsident Ulrich Schmidt in seiner Begrüßung der jungen Menschen am Weltkindertag im Parlament, dass so viele Kinder und Jugendliche aus dem ganzen Land gekommen seien, um diese Botschaft nach draußen zu senden. Er würdigte alle, die die Projekte initiiert und be-



Fotos: Schälte

so unbeschwert wie früher

dem Lächeln

ors stellten junge Menschen
gegen Gewalt und Hass vor

Grundschüler arbeiten gegen das Vergessen

Es steht auf einem Pult in der Aula, das „Stahlbuch gegen das Vergessen“ in der Steinbrink-Grundschule im Dortmunder Stadtteil Wickede. „Stahl hält ewig, den kann man nicht zerreißen“, sagt einer der Schülerinnen und Schüler, die das seit vier Jahren laufende Projekt im Plenum vorstellen. Die Jungen und Mädchen der ersten deutschen Grundschule mit dem Titel „Schule ohne Rassismus“ pflegen einen jüdischen Friedhof, sprechen mit Zeitzeugen und suchen und dokumentieren Spuren jüdischen Lebens in Wickede.

Es ist still, als sie ihre Texte vortragen, die Geschichte von jüdischen Familien, die vor 60 Jahren in dem Stadtteil gelebt haben — die Steinwegs, Cohns und die Gottschalks. Als die Nazis zur „Endlösung“ übergingen, da geschah hier dasselbe wie anderswo: „Die Wickeder haben zugesehen, wie die jüdischen Familien abgeholt wurden.“ In einem von der Schülerin Jan Herrmann verfassten Gedicht auf Otto Steinweg, der nach Misshandlungen durch NS-Schläger starb, legt die Autorin dem Opfer des Mobs



den Aufschrei in den Mund: „Leben will ich, einfach leben!“

Die Grundschüler geben sich mit dem Erreichten nicht zufrieden, im Kampf gegen das Vergessen dulden sie keinen Stillstand. Sie wollen, dass der Ort um die alte Buche in ihrem Stadtteil in Levi-Cohn-Platz benannt wird. Sie planen ein Ehrenmal für die früheren Mitbürger, das sie mit Hilfe des Künstlers Markus Kiel verwirklichen wollen. Sie laden Paul Spiegel zu sich nach Dortmund ein, um am Gedenken, das sie jedes Jahr am 9. November aus Anlass der Angriffe auf die jüdischen Mitbürger, ihre Synagogen, Wohnungen und Geschäfte veranstalten, teilzunehmen. Und sie haben eine Bitte an den Vorsitzenden: Wenn Wickeder Bürger gegen die Namensgebung seien, ob er sie dann unterstütze? „Ja“, sagt Paul Spiegel.

Für Otto Steinweg

*Ich habe Angst,
etwas Angst,
vor dem
Schwarz
und dem Grau.
Doch nicht nur
Angst ist in mir!
Auch Wut!
Wenig Freude
ist bei mir.
Leben will ich,
einfach leben.
Doch am
meisten
muss ich
träumen
von dem Leben
in mir.*

Ehregast Paul Spiegel:

Das eigene Leben als Beispiel

Es war still im Saal, als Paul Spiegel vor so vielen Kindern, wie er seit seinem Amtsantritt als Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland noch nie gesprochen hatte, eine Geschichte erzählte, „die den Vorteil hat, wahr zu sein“ — die Geschichte seiner Jugend und seiner Familie. Nazis vertrieben sie nach Belgien und ermordeten seine ältere

Schwester. Mit Vater und Mutter kehrte er nach Kriegsende nach Warendorf zurück, wo er aufwuchs und zur Schule ging. Von seinen eigenen Erlebnissen schlug er den Bogen zum Terror gegen die USA: „Menschen sind so vernarrt, Menschen auf diese Weise umzubringen.“ In Deutschland gebe es 3,5 Millionen Muslime. Nur eine Minderheit

davon sei bereit zu Terror, die überwiegende Mehrheit seien friedliebende Menschen. Dennoch würden sie in Schulen und von Erwachsenen angegriffen. „Wir Juden wissen was es heißt, von Vorurteilen getroffen zu werden“, sagte Spiegel. „Wir sind alle Menschen. Aber die Menschheit muss menschlich bleiben oder werden — das ist die Lehre, die wir heute mitnehmen sollen.“



Allgemeine Zustimmung zu Kinderrechten in der Verfassung

Um die gesellschaftliche Wertschätzung als eigenständige Persönlichkeiten zu vertiefen und für Kinder positive Lebensbedingungen in allen Bereichen zu schaffen, wollen SPD und GRÜNE, dass ein Passus über Kinderrechte in die Verfassung des Landes aufgenommen wird. Die beiden Fraktionen gehen in ihrem Antrag (Drs. 13/472) davon aus, dass für das Ziel die gesetzlichen Grundlagen fehlten und weder in Grundgesetz noch in der Landesverfassung die Rechte des Kindes ausdrücklich normiert würden: „Die Chance, durch eine klarstellende Regelung im Rahmen der Verfassung die Rechte des Kindes besser zur Geltung zu bringen, gilt es zu nutzen.“ — Der Hauptausschuss und der Kinderausschuss des Landtags hörten unter dem Vorsitz von Edgar Moron und Annegret Krauskopf (beide SPD) in öffentlicher Sitzung am 20. September zu diesem Vorhaben sieben Sachverständige an.

Der Deutsche Kinderschutzbund sah über seinen Sprecher Dieter Greese in der Absicht ein „hervorragendes Signal, dass in dem Leitbild Landesverfassung das Grundrecht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf besonderen Schutz vor jeglicher Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung haben und dass die staatliche Gemeinschaft sich darauf verpflichtet, dies zu realisieren und zudem noch für kindgerechte Lebensbedingungen Sorge zu tragen“. Es handele sich dabei um ein Stück symbolischer Politik, fuhr Greese fort, trotzdem könne dadurch Wirkung entfaltet werden. So würden Kinder in ihrer Subjektkontrolle gestärkt und die für die Erziehung Verantwortlichen erhielten eine bessere Legitimation für ihre Forderungen. Schließlich fänden die Jugendpolitiker in den Fraktionen mehr Gehör. Es sei allerdings nicht nur wichtig, die Verfassung, sondern auch die Gemeindeordnung zu ändern, meinte der Sprecher, um überall im Land die Beteiligung von Kindern an der Gestaltung ihrer Lebensbedingungen sicherzustellen. Es sei unverantwortbar, wenn Städte und Gemeinden Mittel für die Kinder- und Jugendarbeit und die kommunale Erziehungsberatung strichen.

Dr. Jörg Maywald von National Coalition, einem Zusammenschluss von 100 bundesweit tätigen Organisationen zur Überwachung und kritischen Begleitung der Umsetzung der vor zwölf Jahren verabschiedeten UN-Kinderschutzkonvention, betonte, alle Signaturstaaten der Konvention hätten sich zur Stärkung der Kinderrechte in ihrer Gesetzgebung verpflichtet. In Deutschland seien sie noch nicht, und offenbar sei es auch nicht geplant, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen, darum komme den Ebenen der EU und der Bundesländer in dieser Angelegenheit besondere Bedeutung bei der Umsetzung zu. Der vorliegende Gesetzesentwurf werde sehr begrüßt; Artikel 5 a der Landesverfassung sollte so ergänzt werden, dass das Recht des Kindes auf Beteiligung an alle es betreffenden Entscheidungen ausdrücklich erwähnt wird. Kinder seien aber,

betonte Maywald, keine kleinen Erwachsenen; Gleichheit auf der einen und Differenz auf der anderen Seite prägten das besondere Verhältnis zwischen Kindern und Erwachsenen. Das so genannte Elternrecht sei heute vor allem Elternverantwortung. Unter Bezug auf die jüngsten Terroranschläge in New York und Washington, die von islamischen Fundamentalisten verübt worden sind, erklärte Dr. José Sanchez Otero vom Landeszentrum für Zuwanderung, diese Vorfälle hätten Auswirkungen auf Migration und Integration, besonders für Menschen aus islamischen Ländern. Teile der Bevölkerung seien der Meinung, Menschen aus diesem Bereich seien antidemokratisch und antimodern. Vor allem die islamischen Kinder seien

„An der Erziehung und Bildung unserer Kinder wird nicht gespart.“ Sibrand Foerster von der Evangelischen Kirche im Rheinland wies auf das Vorbild Rheinland-Pfalz hin, wo der Schritt der Verankerung in der Verfassung schon getan worden ist: Seit einem Jahr sehe man dort, wie sich etwas auf Landesebene verändere. Es sei, so Foerster, ein zutiefst christlicher Gedanke, dass Kinder gleich seien im Hinblick auf die Menschenwürde. Es gebe eine zu geringe Absicherung der Rechte von Kindern, das politische Handeln müsse stärker gebunden werden, die Ebene der Freiwilligkeit reiche nicht aus. Darum sei ein „wertsetzendes Signal“ wichtig. Es gebe keinen Widerspruch zum elterlichen Erziehungsrecht, denn hier-



Die beiden Ausschussvorsitzenden Annegret Krauskopf (Kinder, Jugend und Familie) und Edgar Moron (Hauptausschuss, beide SPD) in der gemeinsamen Anhörung zu Kinderrechten in der Verfassung.

Foto: Schälte

tief verunsichert und besorgt; sie erlebten ihre Glaubenszugehörigkeit zur Zeit vor allem als Belastung. Die Ängste und Befürchtungen dieser Menschen müssten „im Zaum gehalten werden durch verstärkte Kontakte mit ihnen“.

Klaus Amoneit vom Landesjugendamt begrüßte zwar die mit einer Aufnahme verbundene Signalwirkung. Er blieb aber skeptisch: Das allein werde „den Schwung nicht bringen“; die Regelungen blieben Papier, „wenn wir hier nicht umdenken — dabei brauchen wir die Finanzpolitiker in erster Linie“. Unsere reiche Gesellschaft sei in der Lage, in Ältere, Kinder und Familien zu investieren, mehr qualifiziertes Fachpersonal in den pädagogischen Einrichtungen zu beschäftigen. So könne der Anspruch erfüllt werden:

Mehr Platz für Kinder

Wir finden das in jedem Ort/Stadtteil mindestens zwei Spielplätze sein müssen.

Wir wollen mehr Natur und mehr Parkgebiete.

Wir möchten mehr Sportplätze wo auch Spielflächen zu Verfügung stehen.

Wir verlangen weniger Ausverbreitung!

Wir schlagen vor, das Letzte die in der Stadt wohnen, öffentliche Verkehrsmittel benutzen.

Robert Huth 11 Jahre Annika Scholtz 14 Jahre

Wunschzettel: Robert und Annika, Kinder von Delegierten des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter, nutzten die Zeit der 25. Mitgliederversammlung, um ihre Forderungen zu Papier zu bringen.

bei handele es sich ohnehin um Verantwortung, die dem Wohl des Kindes verpflichtet sei. Jetzt werde der Staat verpflichtet, Eltern bei der Erfüllung ihrer Verantwortung zu helfen. Die verfassungsrechtliche Hervorhebung würde notwendige Prozesse erheblich unterstützen. Sie würde helfen, vor Ort klare Prioritäten zu setzen.

Vom Katholischen Büro führte Dr. Karl-Heinz Vogt aus, alles spreche für eine Aufnahme in die Landesverfassung. Allerdings sei der Standort zu überlegen. Das Katholische Büro sei nicht für einen eigenen Artikel 5 a, sondern dafür, die Bestimmungen in eine Neufassung des Artikels 6, Absätze 1 und 2 aufzunehmen. Das habe den Zweck, die Förder- und Schutzregelungen für die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen in einem Artikel aufzunehmen. Dieser Artikel 6 bedürfe bei dieser Gelegenheit einer Ergänzung: „Es sollte nicht nur — wie bisher — die besondere Förderung der begabten, sondern auch die der behinderten Jugendlichen in die Verfassung aufgenommen werden.“ Die Passagen zum „besonderen Schutz vor Gewalt“ erstreckten sich nicht nur auf Vernachlässigung und Ausbeutung, sondern auch, dies gab Vogt zur Ergänzung zu bedenken, auch auf Missbrauch und sittliche Gefährdung. Parallel zum Kinderbeauftragten der Landesregierung sei anzuregen, dass auch der Landtag NRW eine/n Kinderbeauftragte/n bestelle, „damit bei allen gesetzgeberischen Aktivitäten die Belange der Kinder und Jugendlichen bereits Beachtung finden“.

Als „jugendlicher Experte“ kam zum Ende der öffentlichen Anhörung der Sprecher des Jugendstadtrats Solingen, Christian Wolf, zu Wort. Wolf referierte über die Erfahrung, die in diesem Gremium von den jungen Menschen zu machen sind: „Wir werden oft nicht für voll genommen“; viele der Anträge dauerten Jahre oder blieben „im Sumpf stecken“. Er sah in der Verankerung der Rechte von Kindern und Jugendlichen eine „großartige Chance“ und appellierte an die Abgeordneten: „Es ist Zeit. Nehmen Sie das endlich Ernst. Wir sind die Zukunft des Landes.“

Umweltausschuss:

Windkraftanlagen auf dem Festland stehen offenbar vor der Sättigung

Sachverständige vertreten unterschiedliche Meinungen

Um die wirtschaftliche Bedeutung, um Emissionen und planungsrechtliche Aspekte der Windkraft ging es in der zweiten Septemberhälfte im Landtag. Der Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung hatte unter dem Vorsitzenden Klaus Strehl (SPD) Sachverständige zu dieser Sitzung hinzugezogen und sie um ihre Stellungnahmen gebeten. Hintergrund war dabei der aktuelle Windkrafterlass der Landesregierung, der in einigen Punkten umstritten ist. Nach der Anhörung wurde bekannt, dass die beiden Koalitionsfraktionen eine Revision dieses Erlasses anstreben; einen entsprechenden Antrag (Drs. 13/1609) haben sie dem Plenum für den 5. Oktober vorgelegt.

Die derzeitigen planungsrechtlichen Rahmenbedingungen seien ausreichend, um mögliche negative Auswirkungen zu vermeiden, erklärte Dr. Christiane Rühl von der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände. Die Probleme von Konzentrationszonen der Windenergienutzung hätten sich inzwischen vor Ort von selbst erledigt. Die Raumbedeutsamkeit einer Anlage sei nur im Einzelfall zu entscheiden.

Bernhard Daldrop von der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik monierte, nach dem geltenden Windkrafterlass der Landesregierung sei die Raumbedeutsamkeit erst ab drei Anlagen gegeben: „Das führt zu Unsicherheiten und ist dringend zu klären.“ Sein Kollege Thomas Waschki von der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU des Landes fand auch übergeordnete Planung auf regionaler Ebene sinnvoll. Die Kommunen sollten Flächennutzungspläne zur Steuerung der Windenergie-Nutzung einführen. Sein Vorschlag zur Raumbedeutsamkeit: Jede Anlage ab einer gewissen Höhe (50 bis 60 Meter) sollte als raumbedeutsam angesehen werden.

Kein einziges Kraftwerk sei durch Windenergie-Nutzung einzusparen, erklärte Professor Dr.-Ing. Helmut Alt aus Aachen. Nur bei einer Stunde nebligen, kalten, nassen Wetters von Flensburg bis Garmisch seien alle Windenergieanlagen nicht in Betrieb. Aber dann gerade herrsche großer, zu befriedigender Energiebedarf. Bei der Einspeisungsvergütung von knapp 18 Pfennig pro Kilowattstunde würden nur zwei bis dreieinhalb Pfennig für Brennstoff eingespart — der Rest würde durch alle Bürger abgedeckt. Auf die Dauer könne man sich die Subventionierung der Windenergie nicht leisten, denn sie sei mehr als doppelt so teuer wie die Subventionen für die deutsche Steinkohle.

Anders die Meinung von Dr. Norbert Allnoch vom Internationalen Wirtschaftsforum Regenerativer Energien. Deutschland sei inzwischen weltweit führend bei der Errichtung von Windenergieanlagen, noch vor den USA und Dänemark. 20 000 bis 30 000 Arbeitsplätze würden durch Windenergie gesichert. In NRW mit seiner starken Zulieferindustrie würden in diesem Bereich 1,2 Milliarden Mark umgesetzt damit landesweit 2000 Arbeitsplätze gesichert. Die energische Amortisation sei in ein halbes Jahr erreicht.

Dr. W. Horrihs von Borsig Energy (Oberhausen) gab einen Sachstand: Eine Woche vor der Anhörung habe man „die 7 000 Megawatt Windenergie in Deutschland vollgemacht“ und dabei rund 20 Milliarden Mark investiert. Auf NRW entfielen 700 bis 730 Megawatt bei drei Milliarden Mark Investitionssumme. Die Exportchancen deutscher Technologie schätzte er günstig ein: „Wind ist ein internationales Produkt.“ Der Anteil an der Energiegewinnung in Deutschland liege bei zehn Prozent.

Auf einen neuen technischen Prozess machte Johannes Lackmann von der Asselner Windkraft GmbH aufmerksam: Die bisher relativ kleinen Anlagen würden zunehmend durch mittelgroße Anlagen von etwa 2,5 Megawatt Leistung ersetzt. Damit erfolge kein Zubau, dennoch würden neue Flächen gebraucht. Den Verbrauch bezifferte er so: 11 250 Anlagen, von denen man ausgehe, dass sie auf dem Festland benötigt würden — 10 000 gebe es bereits —, beanspruchten gerade 1,5 Prozent der gesamten landwirtschaftlichen Fläche. Lackmann: „40 Jahre Windkraftnutzung erspart ein einen Hektar großes Loch im Braunkohletagebau.“ Windkraft sei in der Lage, zwei Drittel der Leistung eines Kraftwerks zu ersetzen.

Klaus Brunsmeier vom Landesbüro der Naturschutzverbände des Landes riet dringend zu einer landesweiten Bestandsaufnahme der ausgewiesenen Vorrangflächen für Windenergie. Auf dieser Basis sollte die Windkraftenergie „behutsam“ weiterentwickelt werden. Der Windkrafterlass der Landesregierung werde als geeignete Grundlage begrüßt, die Kommunen jedoch setzten die planerischen Vorgaben nicht entsprechend um, kritisierte er.

Rechtsanwalt Thomas Mock aus Remagen relativierte die Arbeitsplatzbilanzen: Allenfalls 3 500 Arbeitsplätze gingen derzeit unmittelbar auf das Konto der Windenergie. Bei der Diskussion sei darauf zu achten (Mock: Die größten Herstellerfirmen sitzen derzeit in Dänemark), ob und wie viele ben

Ausgaben beim Bau der Anlagen ins Ausland flössen. Der derzeit exponentiell starke Zubau sei nichts als eine „Blase, die nach der Sättigung in sich zusammensinken wird“.

Franz-Josef Tigges vom Bundesverband Wind-Energie forderte eine Gleichbehandlung aller Anlagen im Außenbereich bei den Emissionen und lehnte darum Grenzwerte von 35 dBA für die Schallemission von Windenergieanlagen ab: Das Rad lasse sich nicht zurückdrehen. Die Anlagen liefen zudem nicht den ganzen Tag. Bei Schwachwind seien der Schall kaum merkbar, bei Starkwind falle er mit anderem „Umweltlärm“ aus natürlichen Quellen zusammen; das lasse das Anlagengeräusch nicht mehr hervortreten. Das sei bereits ab einer Windgeschwindigkeit von sieben bis acht Metern pro Sekunde gegeben. In unmittelbarer Nähe einer Anlage würden bei 10 Metern pro Sekunde (dann erreichten die Anlagen 95 Prozent ihrer Nennleistung) 103 dBA gemessen. In 280 Metern seien es 45 dBA, 35 dBA würden bei einem Abstand von 620 Metern erreicht. Die Technische Anleitung (TA) Lärm sei nicht anwendbar, betonte Tigges und vertrat die Meinung, der Aspekt „Raumbedeutsamkeit“ wäre nicht so zugespitzt, „wenn die Gemeinden Flächennutzungsplanung betrieben hätten“. Er hielt es nicht für angemessen, jede Windenergieanlage für raumbedeutsam zu erklären: „Das ist immer eine Einzelfallentscheidung.“ Was den Infraschall angehe, so liege der unterhalb der Wahrnehmungsschwelle des Menschen und sei keine Gefahr. Das hätten Messungen des Landesumweltamtes ergeben.

Foto: Schälte ben.

CDU: Organspende gesetzlich fördern

Bei der Bereitschaft zur Organspende nimmt Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu anderen Bundesländern einen der hinteren Plätze ein. Für die CDU-Fraktion Grund genug, mit einem eigenen Gesetzentwurf (Drs. 13/1161) die Voraussetzungen für mehr Bereitschaft zur Organspende zu schaffen. Der Gesundheitsausschuss führte dazu Ende September unter der Leitung von Bodo Champignon (SPD) eine öffentliche Anhörung durch.

Für Reinhard Stadali, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft NRW (KGNW) war ein gemeinsames Konzept aller Beteiligten, zusammen mit Selbsthilfegruppen, zur Steigerung der Organspendebereitschaft unabdingbar. Des Weiteren sei eine breite Kampagne in der Bevölkerung durchzuführen. Das alles sei nicht zum Nulltarif zu haben. Die Krankenhäuser dürften auf den Zusatzkosten nicht sitzen bleiben. Der Bonner Mediziner Professor Dr. Jörg Kalff plädierte für den medizinischen Sachverstand bei Organisation und Förderung der Organspende. Bei dem Gespräch mit Angehörigen über die Realisierung einer Organspende sei menschliches Einfühlungsvermögen vonnöten; das sollte an Personen gebunden werden, die hauptberuflich in der Organspende tätig seien, keinesfalls an Laien.

Professor Dr. Christoph Broelsch, Chirurg in Essen, fand es nicht richtig, über eine mögliche Organspende in der „Situation am Totenbett“ zu reden: Da entschieden sich 60 Prozent gegen eine Spende, obwohl die Spendenbereitschaft sonst viel höher sei. Der im Gesetz vorgesehene Transplantationsbeauftragte sollte hauptberuflich tätig werden, ausgestattet mit Mitteln und Kompetenz.

Manfred Gotthard, kaufmännischer Direktor des Uniklinikums Münster, regte an, die im Gesetzentwurf verankerten Transplantationskoordinatoren zu streichen, dies sei Aufgabe der Deutschen Stiftung Organtransplantation (DSO). Wenn demnächst die Zahl

der Transplantationen wachse, müssten mit den Kassen auch höhere Fallzahlen vereinbart werden — „alles andere wäre ein Stück aus dem Tollhaus“.

Der Philosoph und Medizintheoretiker Dr. Arndt May (Bochum) regte an den Kliniken nach dem Vorbild der USA die Installation eines Ethikkomitees an, das, eingebunden in die Klinikstrukturen, als Beratungsgremium die verschiedenen Disziplinen zusammenführt und „Klima und Stil“ der Patientenversorgung fördert.

Dr. med. Theodor Windhorst (Bielefeld) nannte Daten. Im Land warteten 3 000 potentielle Patienten auf ein Organ, auf der Warteliste seien im vergangenen Jahr 170 Menschen gestorben. Andere Bundesländer seien weiter als NRW.

Roberto Rotondo von BiosKop in Essen verlangte, bei der Aufklärung der Bevölkerung durch unabhängige Berater seien auch die kritischen Aspekte der Organspende zu berücksichtigen. Bei der Lebendspende sollte ein Prüfverfahren nach dem Münchener Standard stattfinden; der enge persönliche Kontakt zwischen Patient und Spender müsste nachweislich seit zwei Jahren bestehen.

Dr. Rudolf Grupp von der DSO verband mit einer gesetzlichen Regelung eine erhebliche Steigerung der Organspendebereitschaft; das habe sich in anderen Bundesländern gezeigt. Was man neben den Koordinatoren brauche, seien Ansprechpartner in den Krankenhäusern.

Als Betroffene schilderte Renate Greinert von der Initiative zur kritischen Aufklärung über Organtransplantationen Ablauf und Folgen einer Organtransplantation, in der sie am Bett ihres schwer verunglückten 15-jährigen Sohnes völlig unvorbereitet eingewilligt habe. Sie verlangte, dass nicht mehr „zielgerichtete Werbung, sondern umfassende Aufklärung“ betrieben werde.

Marlies Dröge von der Landesarbeitsgemeinschaft Nierenkranke war der Meinung, Transplantationsmedizin sollte nicht bloß Auftrag und Aufgabe, sondern Verpflichtung sein. NRW habe gute Voraussetzungen, weil es hierzulande acht Transplantationszentren gebe. Karin Prüßner (Verband Organtransplantierter) beklagte den Tod auf der Warteliste und forderte Transplantationsbeauftragte an allen Krankenhäusern mit Intensivbetten.

Moskau: Tolles Spiel — bloß das Ergebnis war verbesserungswürdig

Mit einer Geste des Triumphs streckte FCL-Spielführer Günter Langen den Pokal aus blauem Kristall in den hellen Moskauer Himmel. Der FC Landtag hatte den Pott. Es war nicht das einzige Positive dieser internationalen Begegnung im grandiosen Lushniki-Stadion. Angefeuert von einer fußballbegeisterten Menge legten die Teams der Moskauer Stadt-Duma und des FC Landtag NRW im Sauschritt los. Dabei musste der FCL auf Franz-Josef Pangel verzichten, der sich beim Aufwärmen eine schmerzhaft Adduktorenverletzung zugezogen hatte. Schade, denn seine Blutwerte waren voll in Ordnung und ließen ein verheißungsvolles Debut erwarten. Zu allem Überfluss erwischte es dann auch noch nach fünf Minuten Werner Jostmeier aus der Abwehr-Viererkette des FCL: Zerrung. Schuld daran war die lange Aufwärmphase, die sich die Spieler selbst auferlegt hatten, nicht daran denkend, dass sie dadurch schon vor Spielbeginn bis an den Rand der totalen Erschöpfung getrieben wurden.

Aber all diese personellen Rückschläge steckte der FCL vorbildlich weg. Torhüter Christoph Dicke strahlte eine beinahe unheimliche Ruhe aus und dirigierte seine Vorderleute. Fein ausgeklügelt hatte der FCL sein Abwehr-Bollwerk aufgebaut — mit Bernhard Tenhumberg, Wolfgang Hüskens, Heinz Sahren, Wolfgang Euteneuer, Jörg Krause, Bernd Heimfahrt und Hans Zinnkann. Die elastische Abwehr traf auf starke Moskauer Angreifer. Im Mittelfeld zogen Norbert Stiens, Enatz Fietz, Leiter des Hotels, in dem der FCL sehr gut untergebracht war, Jupp Föhles und Dirk Schütt-rumpf die Fäden und überraschten durch verwirrende Laufwege. Und im Sturm erschütterten die FCL-Spitzen Günter Langen, Willi Nowack und Werner Mayer ein ums andere Mal die Duma-Abwehr. Das Match wogte auf dem vom Tau nassen Rasen hin und her. Je nach Spielsituation schaltete der FCL von rustikal auf filigran um. Und dann war es so weit. Mitte der zweiten Halbzeit drang Willi Nowack, der weiße Brasilianer in den Reihen des FCL, in den gegnerischen Strafraum ein, umtanzte ein, zwei Russen; der dritte entging dem Taumeln ins Nichts nur dadurch, dass er dem FCL-Mittelstürmer die Beine weg-zog: Elfmeter — Wolfgang Euteneuer wuchtete den Ball unhaltbar in die Maschen. Getreu dem Motto „das Team ist der Star“ stand die Mannschaft nun kompakt im Raum, ein geschlossenes Ganzes, das die taktischen Anweisungen des Trainers, der nach wie vor unser vollstes Vertrauen hat, nahezu bruchlos umsetzte. Allerdings, das weiß nun jedes Kind, geht das nur in dem Maße, wie es der Gegner zulässt. Womit wir bei der Überleitung zum Schlussakkord sind. Nach diesen Elogen des Lobes soll nun auch das nicht zu kurz kommen, was selbst nach einem solchen Spiel verbesserungswürdig ist. Das Ergebnis: FCL 1 — Moskauer Duma 4. Bei dem wunderbaren Bankett im VIP-Saal des Lushniki-Sportpalastes konnte der FCL dann wieder seine speziellen Stärken voll und ganz zur Geltung bringen.



Zum gemeinsamen Gespräch mit dem Präsidium des LandesSportBundes NRW (LSB) ist der Sportausschuss des Landtags Anfang Oktober zusammengekommen. Dabei ging es vor allem um Schwerpunkte der Arbeit des LSB in der bis zum Jahr 2005 laufenden Wahlperiode des Landtags. Unser Bild zeigt die Sportausschussvorsitzende Gisela Hinnemann (CDU) mit dem LSB-Präsidenten Richard Winkels. Foto: Schälte

Hochschulen wollen ihre Studienbewerber selber auswählen können



Seit mehreren Jahren gibt es in Nordrhein-Westfalen die Diskussion, wie und ob der Wettbewerb unter den deutschen Hochschulen durch eine Neuregelung des Hochschulzugangs befördert werden kann. Im Februar dieses Jahres hat dazu die CDU-Fraktion ihren Antrag „Beim Hochschulzugang den Wettbewerb fördern – Staatliche Studienplatzvergabe einschränken“ (Drs. 13/716) vorgelegt. Am 27. September fand zu diesem Antrag im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung unter Vorsitz von Joachim Schultz-Tornau (FDP) eine öffentliche Anhörung mit Vertretern der Hochschulen, der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) und der Studierenden statt.

Joachim Weber, stellvertretender Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz, forderte mehr Autonomie im Bereich des Hochschulzugangs. Die Hochschulen müssten in Zukunft Studienbewerber vorrangig nach eigenen Kriterien auswählen dürfen. Das bisher praktizierte zentrale Vergabesystem der ZVS behindere den gewünschten Wettbewerb und habe sich darüber hinaus als „nicht reformierbar“ erwiesen. Er plädierte dafür, immer mehr Studiengänge aus dem zentralen Vergabesystem herauszunehmen, um dieses so nach und nach „leerlaufen“ zu lassen. Die ZVS könne nach Vorstellung der Hochschulrektorenkonferenz in Zukunft – unter anderem Namen und als „staatsferne Behörde“ – die Funktion einer Servicestelle für Studienbewerber und Hochschulen übernehmen.

Für die Landesrektorenkonferenz NRW fügte Professor Dr. Albert Klein hinzu, die autonome Studierendenauswahl könne nur ein Schritt auf dem Weg zu einer unabhängigen Hochschullandschaft sein. Mit Blick auf den bevorstehenden Wechsel zu den so genannten „konsekutiven Studiengängen“ (Bachelor- und Master-Studiengänge) seien mehr Experimentiermöglichkeiten für die Hochschulen vonnöten.

Der stellvertretende Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen NRW, Professor Dr. Klaus Niederdrenk, beklagte sich darüber, dass die Fachhochschulen von der Möglichkeit ausgeschlossen seien, 20 Prozent ihrer Studierenden nach Abschluss des Zuteilungsverfahrens durch die ZVS mit Hilfe von Auswahlgesprächen selber auswählen zu dürfen. Ebenso wie die Vertreter der Hochschulrektorenkonferenzen forderte er beim Zulassungsverfahren mehr Optionen für die Hochschulen und verwies dabei auf sich verändernde Anforderungen in Folge des

Qualitätspaktes. Hierbei dürfe es jedoch keine „benachteiligende Sonderrolle“ für die Fachhochschulen geben. Darüber hinaus äußerte er Kritik an der bisher geltenden Ausländerregelung, nach der nur acht Prozent der Studierenden an einer Hochschule Ausländer sein dürfen.

Dr. Christian Berthold vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) stellte fest, dass angesichts der hohen Abbrecherquoten an deutschen Hochschulen die Anforderungen an die Studierenden auf der einen Seite und deren Kompetenzen und Neigungen auf der anderen Seite offensichtlich sehr häufig nicht zusammenpassten. Die de facto existierende hohe Diversifizierung der Abiturienten müsse anerkannt werden und sich in diversifizierten Studiengängen mit individuellen Aufnahmeverfahren widerspiegeln können: „Es bedarf hier eines Clearingverfahrens.“ In diesem Zusammenhang stellte er ein vom CHE erarbeitetes Modell für eine neue Hochschulzugangsregelung vor, das ebenfalls eigenständige Bewerbungen der angehenden Studierenden und eine Abschaffung der ZVS in ihrer derzeitigen Form vorsieht. Der Sprecher gab zu bedenken, erhöhter Aufwand bei der Auswahl der Studierenden lohne sich für die Hochschulen schon allein deshalb, weil sich so die Zahl der Studienabbrecher reduzieren lasse.

Sehr skeptisch gegenüber diesen Vorstellungen zeigte sich Dr. Johannes Risse, Leiter der ZVS in Dortmund. Er führte vor allem verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Vorschläge der Hochschulrektoren und des CHE ins Feld: „Das Numerus-Clausus-Urteil des Bundesverfassungsgerichts schreibt ein ZVS-Verfahren vor.“ Des Weiteren bezweifelte Risse, dass durch eine Abschaffung der ZVS wirklicher Wettbewerb zwischen den Hochschulen eintrete. Risse verwies auf die zahlreichen Studienfächer, die außerhalb des Zulassungsverfahrens der ZVS liegen. Der Logik der Hochschulrektoren zufolge müsse, so Risse, in diesen Fächern bereits echter Wettbewerb eintreten sein; das sei aber offensichtlich nicht der Fall. Die ZVS sei derzeit dazu in der Lage, drei Viertel der Ortswünsche der Studienbewerber zu erfüllen. Ohne die ZVS sei eine solche Quote nicht zu erreichen.

Für die Studierenden sprachen Leif Kniggendorf und Christian Haberecht vom Landes-ASten-Treffen NRW. Sie zeigten in einigen Punkten Übereinstimmung mit den Standpunkten der ZVS. In ihren Augen seien die Kriterien für die Studienplatzvergabe, wie sie die ZVS anwende, „in Ordnung, weil sie objektiv sind“. Die Studentenvertreter wandten sich entschieden gegen die Einführung von Auswahlgesprächen, da diese

Leitung und Teilnehmer der Anhörung im Wissenschaftsausschuss (v. l.): Ausschussvorsitzender Joachim Schultz-Tornau, Ausschussassistent Norbert Krause, Professor Klein von der Landesrektorenkonferenz, Joachim Weber (Hochschulrektorenkonferenz) und die studentischen Vertreter Leif Kniggendorf und Christian Haberecht. Fotos: Schälte

unter anderem das Abitur als Eignungsnachweis für ein Hochschulstudium untergraben würden. Große Bedenken äußerte Kniggendorf auch wegen des zu erwartenden Mehraufwands für die Hochschulverwaltungen. Die notwendig werdenden Gelder könnten an anderer Stelle besser verwendet werden. Außerdem sorgte sich Kniggendorf um Studienbewerber aus sozial schwächeren Verhältnissen. Die Studentenvertreter schlugen als Alternative Orientierungsphasen im Sinne eines Studium Generale für Studienanfänger vor. Eine bessere Betreuung und Beratung der Studienanfänger sei im Vergleich zu Auswahlgesprächen prinzipiell der bessere Weg, um die Abbrecherquote zu reduzieren.

In der Fragerunde interessierte die Abgeordneten Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP) und Dietrich Kessel (SPD), warum die Hochschulen nicht von der bereits gegebenen Möglichkeit Gebrauch machten, ein Fünftel ihrer Studierenden selbst auszuwählen. Für die Hochschulen antwortete Joachim Weber – dabei nickten seine Kollegen zustimmend –, es handle sich hierbei lediglich um ein „kastriertes Auswahlverfahren“, weil die besagten 20 Prozent der auszuwählenden Studenten genau diejenigen seien, die nach dem abgeschlossenen Zuteilungsverfahren durch die ZVS noch übrig geblieben seien.

Gleich mehrere Abgeordnete wollten wissen, wie die Hochschulen den bei einer flexibilisierten Zugangsregelung zu erwartenden Mehraufwand bewältigen wollen. Professor Niederdrenk gab zu, dass der Aufwand für individuelle Auswahlverfahren insgesamt sehr hoch sein würde, dass jedoch in gleichem Maße durch die sorgfältige Auswahl die Erfolgsquote der Studierenden steige. Dr. Berthold vom CHE fügte hinzu, zunächst einmal gehe es prinzipiell darum, den Hochschulen bei der Zugangsregelung Optionen zu eröffnen. Ob dies durch Auswahlgespräche geschehe oder auf andere Weise, müsse bei den Hochschulen liegen.

Für die Studentenvertreter jedenfalls stand fest, dass Auswahlgespräche nicht der richtige Weg für die Zukunft sein können: Sie verwiesen auf „abenteuerliche und teils kuriose“ Erfahrungen mit Auswahlgesprächen im Fach Biologie an der Universität Köln.

Martin Schaffartzik

Verkehrsausschuss auf Hafenrundfahrt in Nachbarländern

Der Verkehrsausschuss hat sich über die Entwicklung der niederländischen Häfen Amsterdam, Rotterdam und des belgischen Hafens Antwerpen — kurz: ARA — über deren Schienenanbindung durch die Betuwe-Linie, den Eisernen Rhein und die südlich davon gelegene Montzen-Route informiert.

Zum „Vielweckhafen“ Amsterdam wies Schiffsverkehrsdirektor Cor Oudendijk auf die hohe Bedeutung des deutschen Hinterlandes hin. In den nächsten Jahren werde sich der Güterverkehr vom Hafen auf dem Schienenweg verdoppeln, wozu ein neues

Container-Terminal beitragen werde. Nordrhein-Westfalen sei wichtigstes Zielgebiet der Binnenschifffahrt, vor allem für nasses und trockenes Schüttgut (Steinkohle, Erdölprodukte). Gemeinsam mit dem Hafen Duisburg werde ein Kohleumschlagterminal entwickelt, da der Import von Kohle zunehme. Im Rathaus von Rotterdam sprach Hafen- und Wirtschaftssenator Peter van Dijk von Übereinstimmung zwischen NRW, den Niederlanden und Rotterdam bei der Verlagerung von Gütertransporten auf Schiff und Bahn. Für die Entlastung der Bevölkerung entlang der Transportachsen würden beträchtliche Summen investiert. Für den Hafen Rotterdam rechne man mit einer Verdreifachung des Containertransports. In Railterminals müsse stärker investiert werden. Die Betuwe-Route sei von vitaler Bedeutung für den Containertransport. Sie solle Kunden in Mitteleuropa und solche ohne Wasserstraße bedienen sowie Kunden, die Güter schneller erhalten oder versenden wollen. NRW und die Region Rotterdam „neh-

men innerhalb Europas und vielleicht weltweit eine völlig einzigartige Position ein“, sagte der Senator und zählte die Modalitäten auf: Straße, Bahn, Binnen- und Küstenschifffahrt, Pipeline und Datenverbindungen.

Zum Thema „Road-Pricing“ sagte er, Preispolitik sei eine der tragenden Säulen der Verkehrs- und Transportpolitik in den Niederlanden. Als Steuerelement sei das Konzept der Bezahlspuren entwickelt worden: separate Fahrspuren neben den Autobahnen. Bei Stau könne der Autofahrer selbst entscheiden, ob er zum Zeitgewinn die gebührenpflichtige Fahrspur benutzen wolle. Weniger LKW-Verkehr auf der normalen Straße bedeute schnelleren Durchfluss und damit auch mehr Umweltschutz. Im Jahr 2002 werde mit einem Test im Rijnmond-Gebiet begonnen. Im Jahr 2003 wolle die niederländische Regierung ein System einführen, wonach die Fahrleistung von Lastkraftwagen elektronisch gespeichert und berechnet wird.



Als erste wissenschaftliche Institution in Deutschland hat das Zentrum für Türkeistudien in Essen einen Beraterstatus bei den Vereinten Nationen erhalten. Diese an Nicht-Regierungsorganisationen (NGO) verliehene Auszeichnung würdigte Landtagspräsident Ulrich Schmidt bei einem Empfang im Düsseldorfer Landtag, an dem auch der Direktor des Instituts, Professor Dr. Faruk Sen (r.) und der Institutsgeschäftsführer Andreas Goldberg (l.) teilnahmen. Der Landtagspräsident betonte, das Essener Institut habe sich sehr positiv für das Land ausgewirkt, denn dort habe man in besonderer Weise für die Verständigung und das Miteinander zwischen Deutschen und Migranten gearbeitet. Er, Schmidt, freue sich, dass das Zentrum für Türkeistudien weiter wachse und „seine Stimme bei den Vereinten Nationen Gewicht hat“. Professor Sen will die neue Rolle nutzen, um im Rahmen der Vereinten Nationen für nationale Einwanderungspolitiken zu werben, die einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der Migranten und den Aufnahmeländern herbeiführen. — Unser Bild zeigt den Moment der Übergabe der Ernennungsurkunde.

Foto: Schälte

Eigene Firma managt Gebäude der Stadt Oberhausen

Der Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ des Haushalts- und Finanzausschusses hat sich Ende September in Oberhausen unter der Leitung seines Vorsitzenden Günter Garbrecht (SPD) mit Aufbau, Zielsetzungen und Erfahrungen der Oberhausener Gebäudemanagement GmbH (OGM) befasst.

Oberhausens Stadtkämmerer Bernhard Elsemann und der Geschäftsführer der Gebäudemanagement, Hartmut Schmidt, stellten den Abgeordneten den Betrieb, eine hundertprozentige Tochter der Stadt Oberhausen, vor. Das Umsatzvolumen des Betriebes liegt bei 100 Millionen Mark, die Eigenkapitalausstattung beträgt 20 Millionen. Für die Bewirtschaftungskosten sind 30,1, für den Personalaufwand 28,2 und für den baulichen Investitionsaufwand 21,4 Millionen Mark vorgesehen. Die Gebäudemanagement betreue mit 400 Mitarbeitern 642 bauliche Anlagen wie Schulen, Kindertageseinrichtungen, Sport-

hallen und Verwaltungsgebäude. Allerdings sei der Betrieb eine reine Servicegesellschaft; das Vermögen an Grundstücken und Gebäuden sei bei der Stadt Oberhausen verblieben. Ziel des Betriebes sei eine zentrale Führung des Gebäudemanagements bei Verbesserung des Serviceangebotes für Bürgerinnen und Bürger und die Nutzer. Die Verwaltungsbereiche könnten sich dadurch auf ihre Kernaufgaben konzentrieren. Weitere Vorteile seien die kaufmännische Führung und die Möglichkeit der Fremdmittelaufnahme.

Die OGM sei gezwungen, wirtschaftlich zu arbeiten, da der Rat der Stadt Oberhausen beschlossen habe, keine Bürgschaften zu gewähren. Geschäftsführer Schmidt geht davon aus, in den nächsten Jahren jährlich vier Prozent der Personalkosten einzusparen. Weiterhin sollen ein größeres Ausschreibungsvolumen und die Nutzung des europäischen Marktes bei Großaufträgen Kosten reduzieren. Auch Energielieferungsverträge sollen regelmäßig ausge-

sprochen werden. Bei den Sachmitteln will Schmidt in den nächsten drei Jahren zehn Prozent einsparen.

In den nächsten drei Jahren erhalte der Betrieb für die Nutzung der Gebäude pauschale Entgelte der Stadt Oberhausen. Zusätzlich werden für einzelne Maßnahmen Verträge nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure abgeschlossen. Als erste Aufgabe habe der Betrieb Anfang des Jahres mit der Erfassung aller Gebäudedaten für die betreuten Objekte begonnen.

In der anschließenden Diskussion fragte Erwin Siekmann (SPD) nach dem Einfluss des Rates der Stadt Oberhausen und nach den Mietverträgen mit den Nutzern. Michael Thomas Breuer (CDU) interessierte die Eigenkapitalstruktur und die Vorsorge für Versorgungsansprüche der Mitarbeiter. Dr. Ingo Wolf (FDP) wollte wissen, wie der endgültige Stand der Personalausstattung aussehen solle.

Silvia Winands

Hauptausschuss in Berlin Pläne zu einem Innovationszentrum mit Serviceleistungen für die Bibliotheken

Einer guten Tradition entsprechend, hat der Hauptausschuss die Internationale Funkausstellung in Berlin und die Stiftung Preußischer Kulturbesitz besucht. Dabei nutzten die Abgeordneten in der Villa von der Heydt, dem Sitz der Stiftung, die Gelegenheit zu einem intensiven Diskussionsaustausch mit dem Stiftungspräsidenten Professor Dr. Klaus-Dieter Lehmann. Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Edgar Moron (SPD), unterstrich das besondere Interesse, das sich nicht zuletzt in der Landesleistung von pro Jahr 10,4 Millionen Mark für Investitionen in die Stiftungseinrichtungen widerspiegeln.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Aufgaben und Herausforderungen der Stiftung angesichts knapper Haushaltsmittel und der Vielfalt der betreuten Bereiche. Mit der Einführung neuer Steuerungsmodelle im nächsten Jahr, wie beispielsweise Budgetierung, Kosten-Leistungs-Rechnung und Controlling, sollen neue Wege beschritten werden, um die Verwendung vorhandener Ressourcen zu optimieren.

Besonderen Widerhall fanden die Zukunft der Museumsinsel sowie der Stand der Baumaßnahmen der Museen, die sich dort befinden. Sie sind in ihrer Konzentration und wegen ihres Sammlungsbestandes von hervorragender Bedeutung. Der 1999 verfasste Masterplan Museumsinsel sieht vor, die Gebäude wegen ihrer eigenständigen Architektur als Solitäre zu erhalten, während die Zu- und Ausgänge aller Sammlungen (Altes Museum, Pergamonmuseum, Bodemuseum, Alte Nationalgalerie und Neues Museum) zentralisiert werden sollen.

Auf einem Rundgang über die Museumsinsel konnten sich die Mitglieder des Hauptausschusses vom Stand der Bauarbeiten überzeugen. Beeindruckt zeigten sich die Abgeordneten von Umfang und Sorgfalt der Restaurierungsarbeiten vor allem der Alten Nationalgalerie. Hier nahmen die Parlamentarier eine Galerie in Augenschein, die auf ihre aufzunehmenden Kunstwerke noch wartet. Die Hängung der Objekte soll bis zum 2. Dezember, dem Tag der Wiedereröffnung, abgeschlossen sein. Eindrucksvoll war ebenfalls der Stand der Restaurierungsarbeiten im Neuen Museum, das sorgfältiger Restaurierung bedarf, nachdem es jahrzehntelang vom DDR-Regime vernachlässigt worden war.

Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz betreut nicht nur die Arbeiten auf der Museumsinsel. Professor Lehmann schilderte die vom Stiftungsrat und allen Bundesländern angestellte Überlegung zur Einrichtung eines Innovationszentrums für Bibliotheken und dessen Anbindung an die Stiftung. Dieses Zentrum soll wichtige Serviceleistungen für das deutsche Biblio-

thekswesen sichern. Zur Finanzierungsbereitschaft der nordrhein-westfälischen Landesregierung besteht entgegen einer entsprechenden Empfehlung der Kultusministerkonferenz weiterer Klärungsbedarf. Ausschussvorsitzender Moron und GRÜNEN-Sprecherin Sylvia Löhrmann sagten zu, sie würden sich bei den bevorstehenden Haushaltsberatungen dieser Angelegenheit annehmen.

Wolfgang Fröhlecke

Blick von der Spree auf das Bodemuseum, das „nördlichste“ auf der Berliner Museumsinsel, das von den anderen Museen durch den Schienenstrang der S-Bahn getrennt ist. Im Hintergrund die beiden Giebel des Pergamonmuseums, links das alte Wahrzeichen des Ostteils der Stadt, der Fernsehturm am Alexanderplatz.

Foto: Kamp



Mehr Geld für Eine-Welt-Politik

Ausschuss erörtert umstrittenes Pipeline-Projekt

In seiner Sitzung am 24. September hat der Ausschuss für Europa- und Eine-Welt-Politik eine sehr umfassende Tagesordnung abgearbeitet. Europaministerin Hannelore Kraft (SPD) berichtete über die laufende Diskussion im Kreis der Europaminister zur Organisation des so genannten Post-Nizza-Prozesses.

In Nizza sei es gelungen, die präzise Aufgabenabgrenzung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten zu einem europäischen Thema zu machen. Daran werde jetzt gearbeitet; denn das über 40 Jahre gewachsene politische System der EU sei für die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr durchschaubar. Die Verantwortlichkeiten müssten klar zugeordnet werden können. Ziel sei es, am 20. Dezember im Bundesrat konkrete Vorschläge zu beschließen.

Zum Entwurf des Landeshaushaltsgesetzes für 2002 wurde für den Bereich der Eine-Welt-Politik mitgeteilt, dass folgende Schwerpunkte im Mittelpunkt der NRW-Politik stehen werden:

- Landes-Agenda 21
- Johannesburger Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung im September 2002
- Kampagne „Wir handeln fair. NRW“

Der Haushaltsgesamtansatz für die Eine-Welt-Politik soll um 190 000 Euro oder 3,3 Prozent gegenüber dem Ansatz 2001 steigen.

Einen zentralen Platz in der Ausschussberatung nahm das Thema „Finanzierung einer Ölpipeline durch Mittel der Westdeutschen Landesbank (WestLB) in Ecuador“ ein. Kritiker werfen diesem Projekt mit einem Finanzierungsvolumen von 900 Millionen Dollar vor, es bedrohe einzigartige Regenwälder und damit die Lebensgrundlagen von mehr als einer Million Menschen.

Staatssekretär Dr. Harald Noack vom nordrhein-westfälischen Finanzministerium führte aus, dass die WestLB im Rahmen eines Bietungsverfahrens ein Mandat für die Finanzierung dieser Pipeline erhalten und den entsprechenden Vertrag abgeschlossen habe. Im Rahmen der Projektvorbereitung sei eine spezialisierte Beratungsfirma mit der Durchführung einer umfassenden Studie über die Umweltfolgen des Projekts beauftragt worden. Im Ergebnis sei das Projekt als umweltpolitisch vertretbar eingestuft worden. Maßstab seien die von der Weltbank gesetzten strengen Umweltstandards gewesen. Der Staatssekretär wies darauf hin, dass die angesprochene Projektfinanzierung zum operativen Geschäft der Bank gehöre, das ausschließlich in die Entscheidungskompetenz des Vorstands falle.

Aufgrund der eingehenden und durchaus kritischen Diskussion im Ausschuss erklärten sich die Vertreter der Landesregierung bereit, dem Ausschuss weitere ausführliche Informationen zur Verfügung stellen zu wollen.

Besserer Unterricht ja – aber wie?

Das Modellprojekt „Selbständige Schule“ soll in wenigen Wochen an ausgewählten Schulen des Landes anlaufen. Der Schulausschuss des Landtags hat Ende August zu diesem Thema eine umfangreiche öffentliche Anhörung durchgeführt. – Wir setzen damit den Bericht über diese Veranstaltung unter dem Vorsitz von Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU) aus Landtag intern Nr. 12 Seite 3 fort.

Die Reihe der Schulpraktiker eröffnete Brigitta Lojo Fabeiro von der Grundschule Herford. Mit Blick auf ihre Schule stellte sie fest, Brennpunktschulen hätten keine Lobby, also keine Chance auf Drittmittel von Fördervereinen oder aus Sponsoraktivitäten. Wenn die Arbeitsbelastung der Rektorin schon jetzt riesengroß sei, dann bleibe wenig für Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung übrig. Hans-Dieter Aßbrock (Bünde): Brennpunktschulen benötigten besondere Stellenzuschläge; 30 Kinder in einer Grundschulklasse seien zu viel. Das Durcheinander der befristeten Anstellungsverträgen von Lehrern müsse geändert werden. Karl Rieforth aus Oberhausen regte an, auf Englischunterricht in der Klasse 10 vom Typ A zu verzichten und stattdessen die Jugendlichen in dieser Zeit stärker auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten, wo sie es schon schwer genug hätten. Die Gymnasialleiterin Erika Risse (Oberhausen) begrüßte das Modellvorhaben ausdrücklich. Für die Zusammenarbeit von unterschiedlichen Schulen in einer regionalen Bildungslandschaft sei eine gute Koordination unerlässlich. Chancen habe das Projekt, „wenn man den Schulen die Ruhe gibt, die Entwicklungsarbeit zu leisten, verlässliche Rahmenbedingungen dafür schafft und vor allem Schulen als echte Vertragspartner ernst nimmt und ihnen entsprechendes Vertrauen entgegenbringt“.

„Keine halbherzigen Lösungen“

Einen „Holzweg“ nannte Dr. Wulf Rehfus (Münster) die von der Landesregierung beabsichtigte Strukturreform der Schulen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität. Es sei falsch zu glauben, durch organisatorische und methodische Veränderungen könne die Qualität des Unterrichts wesentlich gesteigert werden: „Die Qualität des Unterrichts steht und fällt mit der Qualität der Lehrer. Schule ist genau so gut, wie ihre Lehrer es sind.“ Deshalb müsse eine Schulreform bei der Verbesserung der Lehrerbildung und der Verbesserung der didaktischen Konzeption der Schule ansetzen. Er komme von einer reformfreudigen Schule, erklärte Gerhard Löw vom Leverkusener Lise-Meitner-Gymnasium: Seit 1985 mache man innere Schulreform. Seine Erfahrung sei, dass man dringend die selbständige Schule brauche, „weil wir uns sonst nicht weiter entwickeln können“. Innerhalb der geltenden Rechtsstrukturen habe man alle Möglichkeiten ausgereizt. Sein Appell an die Parlamentarier: Keine halbherzigen Lösungen, sondern Ansidlung aller wesentlichen Entscheidungsbereiche in der Schule selbst. Auf die positiven Erfahrungen der Teilnahme des Berufskollegs Herford am Projekt „Schule & Co.“ wies Doris Römer hin: Man habe mit Erfolg

gezielteres und effektiveres Arbeiten im Team trainiert, das Selbstbewusstsein im Lehrerkollegium habe sich verändert und zu einem professionelleren Selbstverständnis geführt.

Friedrich Mahlmann von der Schulleitervereinigung des Landes riet zu Mut, in dem er sagte: „Mein Appell lautet: Hören wir auf, an den Details dieses neuen Vorhabens herumzumäkeln. Wenn wir das, was uns fremd ist, nicht kennen lernen, wenn wir das, was uns riskant erscheint, nicht erproben, wenn wir nicht den Mut haben, uns Blasen zu laufen, und zwar beim Ersatz unserer ausgelatschten Treter, werden wir nie erfahren, ob das Neue nicht eventuell doch das Bessere ist.“

Anneka Beck von der Landes-SchülerInnenvertretung qualifizierte das Modellvorhaben als „gut und erstrebenswert“. Man wünsche mehr und ernsthaftere Mitwirkung von Schülerinnen und Schülern in neuen Formen der Mitverantwortung und Mitwirkung. Bei der Unterrichtsgestaltung gehe es weniger um eine veränderte Verwaltung als um eine wirkliche Verbesserung.

Schulaufsicht

Walburga Stürmer vom Elternverein NRW sah einen Konflikt zwischen Selbständigkeit und Gleichwertigkeit der Schulen. Das Projekt erfolge zu einem Zeitpunkt, in dem die Lehrerschaft schon ohnehin überlastet sei, Lehrer- und Geldmangel stünden ihm entgegen. Zudem sei das Modellvorhaben nicht ausgereift. Darum lehne ihr Verein das Modellvorhaben ab.

Klaus Lueb von der Bezirksregierung Düsseldorf vertrat den Standpunkt der Schulaufsicht. Bei personellen Maßnahmen wie Abordnungen von Lehrern und Stellenausschreibungen müsse angesichts der Lage an den Schulen schnell reagiert werden können. Demzufolge seien Abordnungen unter einem Jahr aus der Mitbestimmung der Personalräte herauszunehmen. Des Weiteren sei die „draufgesattelte“ Mitwirkung bei der Stellenausschreibung von der Sache her nicht geboten.

Zur Unterrichtsqualität und zu den Ansprüchen an die Lehrerschaft führte Hilke

Antrag zurückgezogen

Die FDP-Fraktion hat ihren Antrag „Kein Sonderweg bei der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 13/1391) nach der Debatte im Plenum für erledigt erklärt und zurückgezogen: „Unser Anliegen ist erfüllt“, erklärte Holger Elerbrock (FDP). Nachdem die umweltpolitischen Sprecher ein Gespräch mit der Umweltministerin geführt hätten, sei deutlich geworden, dass das Land bei der Umsetzung des EU-Rechts keinen Sonderweg beschreiten wird. In der Länderarbeitsgemeinschaft werde zwischen den Ländern ein gemeinsamer Standard abgesprochen. In den Arbeitsgruppen könne jeder, der wolle, mitmachen. Auch am bewährten Prinzip der Aufgabenteilung zwischen den Behörden des Landes werde nichts geändert, betonte Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE).

Schwingeler vom Arbeitskreis der Fach- und Seminarleiter/innen für Primarstufe aus, eine entsprechende Kontrollbefugnis des Schulleiters sei abzulehnen, sie stelle eine „unternehmerische Cheffunktion“ dar und habe kein Vertrauen in Problemlösungsfähigkeit demokratisch strukturierter Gruppen. Berufsroutine stelle sich bei Lehrern nicht zuletzt deswegen ein, weil sie ständig überbelastet seien.

Der selbständige Bildungsberater Rolf Schmidt (Lorch) gratulierte den Fraktionen und der Schulministerin zum Modellvorhaben Selbständige Schule und gab unter anderem die Empfehlungen, Bildungsziele zu vereinbaren, um das Vorhaben enger mit dem Ziel der Qualitätsverbesserung zu verzahnen. Schulleitung und Kollegium sollten Betriebsvereinbarungen, etwa über Innovationen im Unterricht oder neue Arbeitszeitformen, abschließen können. Wirtschaftliche Steuerungsinstrumente seien einzuführen, das Ziel durch externe und interne Evaluation zu überprüfen. Schließlich sollte die Schulaufsicht für die neue Aufgabe reorganisiert werden.

Freiräume

Jutta Sahlbrandt vom Evangelischen Büro unterstützte die Forderung, die notwendige Entwicklungsarbeit durch ein erweitertes Personalbudget zu unterstützen. Sie gab aber zu bedenken, dass strukturverändernde Maßnahmen im Hinblick auf die Einzelschulen nicht automatisch zur Qualitätsverbesserung oder zu besserem Unterricht führten. Da spielten auch Gruppengrößen, Lehrerzuweisungen, Raumprogramm und der Zustand von Klassen und Gebäuden eine wichtige Rolle. Ihr Kollege vom Katholischen Büro begrüßte das Modellvorhaben: Es schaffe den öffentlichen Schulen die Freiräume, die an katholischen Schulen in freier Trägerschaft schon jetzt herrschten. Deren Erfahrungen auf diesem Gebiet wolle man gern einbringen, erklärte Dr. Karl-Heinz Vogt und verwies wie andere Sprecher vor ihm auf die unverzichtbare Bedingung, dass bei aller Eigengestaltung der Schulen die Gleichwertigkeit der Abschlüsse gewährleistet sein müsse. Die sei am besten durch eine zweigeteilte Schulaufsicht gewährleistet; auch müsse über zentrale Zwischen- oder Abschlussprüfungen nachgedacht werden.

★

Im weiteren Verlauf der Anhörung – das vollständige Protokoll trägt die Drucksachennummer 13/335 und kann bei der Drucksachenstelle des Landtags angefordert werden – kamen noch zu Wort: Dr. Richard Landl, Arbeitsgemeinschaft der Freien Waldorfschulen, Jürgen Theis, Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule, Karoline Pinkert, „Lernen fördern“, Landesverband zur Förderung Lernbehinderter, Sigrid Beer, Landeselternrat der Gesamtschulen, Barbara Kols-Teichmann, Landeselternschaft der Gymnasien, Dr. Bernhard Keller, Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände, Andreas Oehme, Westdeutscher Handwerkskammertag, Norbert Zillmer, Ausbildungswart Krefeld, Dr. Jürgen Schmitter, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Peter Silbernagel, Nordrhein-Westfälischer Lehrerverband, Philologen-Verband, Udo Beckmann, Verband Bildung und Erziehung, sowie Professor Dr. Hermann Hansis, Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs.

Ministerin Höhn mit ihrer Werbung für Bioprodukte im Kreuzfeuer

„Die Agrarpolitik in Deutschland und in NRW lässt sich nur mit und nicht gegen die in der Landwirtschaft Beschäftigten weiterentwickeln“ und: „Eine zukunfts-fähige und nachhaltige Entwicklung in der Landwirtschaft muss ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichrangig berücksichtigen.“ Diese Mahnungen enthält ein umfangreicher Antrag (Drs. 13/1536), in dem die CDU-Fraktion fordert, dass eine nachhaltige, flächendeckende und wettbewerbsfähige Landwirtschaft nicht Opfer der Weiterentwicklung der Agrarpolitik sein dürfe. Das Plenum beschloss einstimmig, den Antrag zur abschließenden Beratung an den Landwirtschaftsausschuss zu überweisen.

Friedhelm Ortgies (CDU) erklärte unter Hinweis auf die „von Rot-Grün befohlene Agrarwende“ für seine Fraktion: „Wir wollen keine Wende in der Agrarpolitik, sondern wir wollen eine Weiterentwicklung.“ Eine solche Wende lasse sich nicht erzwingen, betonte er und fuhr fort, die CDU bevorzuge „ein gesundes Nebeneinander von alternativer und konventioneller Wirtschaftsweise — ohne überzogene regulierende Eingriffe des Staates“. Der Verbraucher solle selber entscheiden, was er kaufen wolle. Die Ministerin dagegen mache ungeniert Werbung für die Bioprodukte eines privaten Großhandelsunternehmens. Das zeige, „dass ihr über 90 Prozent der Landwirte mehr oder weniger egal sind“. Im Weiteren nannte Ortgies Beispiele für nordrhein-westfälische Sonderwege, die Schweinehaltungsverordnung, die hoffentlich von der Ministerin geändert werde, die Flächenbindung bei der Tierhaltung und die Restriktionen bei der Privilegierung von Stahlbauten im Außenbereich. Wenn die rund 50 000 landwirtschaftlichen Betriebe und die etwa 11 000 Gartenbaubetriebe im Lande überleben sollen, dann benötigten sie verlässliche Rahmenbedingungen und keine Nachteile gegenüber den Mitbewerbern aus dem Ausland. Was helfe die Agrarwende, schloss er, wenn es keine Bauern mehr gäbe, die sie umsetzen?

Irmgard Schmid (SPD) verdeutlichte: „Mit der SPD ist es nicht zu machen, konventionelle Landwirtschaft und ökologischen Landbau gegeneinander auszuspielen. Beide Wirtschaftsformen werden sich ergänzen, beide können voneinander lernen, und für landwirtschaftliche Produkte beider Wirtschaftsformen gibt es gute Märkte.“ Die Entscheidung über den angestrebten Richtungswechsel treffe der Verbraucher an der Ladentheke. Die achteten ihrer Meinung nach auch in Zukunft noch auf Preise. Sie, Schmid, halte die Zielvorgaben für Ökolandbau nicht für angemessen: In zehn Jahren könne man zehn Prozent erreichen — vielleicht. Aber das bedeute, dass dann immer noch bis 90 Prozent der Landwirte konventionell wirtschafteten. Die brauchen Vertrauensschutz; Landwirte seien nicht die „Schurken der Nation“. Über die Ziele des

CDU-Antrags herrsche weitgehend Einigkeit. Bei der Schweinemast brauche man nicht dieselbe Kleinstaaterei wie bei der Hundeverordnung; die Schweinemastverordnung der Landwirtschaftsministerin gehöre noch einmal auf den Prüfstand, verlangte sie und übte Kritik an der Art der Werbung der Ministerin für eine bestimmte Internet-Adresse im Ökomarktsegment.

Felix Becker (FDP) fand ebenfalls den CDU-Antrag in vielen Punkten Zustimmungswürdig. „Wir haben in einigen Punkten allerdings eine etwas andere Sichtweise. Wir Liberalen würden ein beherzteres Ja zum Strukturwandel sagen. Wir möchten auch die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft mehr beflügeln, damit wir die staatliche Subventionierung auf ein Mindestmaß zurückschrauben können.“

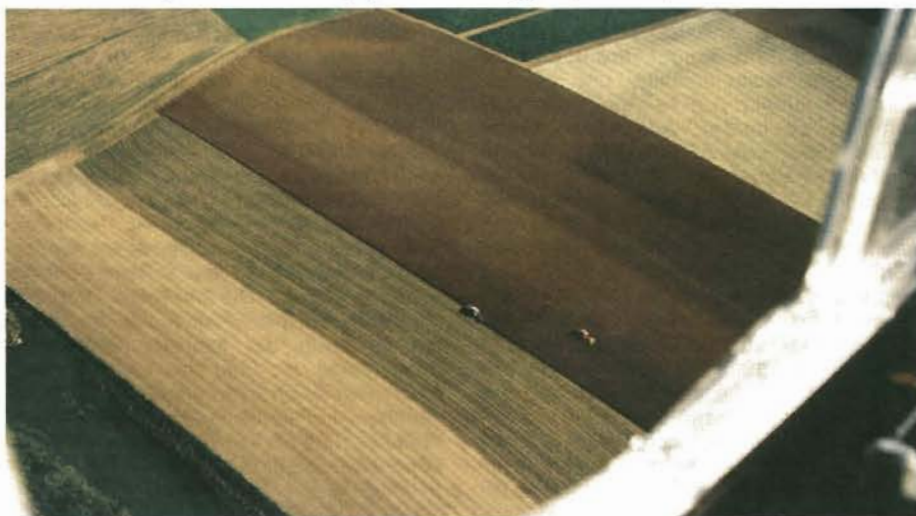
Johannes Rimmel (GRÜNE) äußerte sein „Entsetzen“ darüber, dass wenige Monate nach weitgehender Einigkeit über die erforderliche Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft „wieder die alten Ideologien herauskommen“. Das sei kein Gesinnungswandel zurückzufallen, wenn die Krise bewältigt scheine. Rimmel: „Die nächste Krise wird kommen. Sie werden wieder jammern. Sie werden aus der Krise nichts gelernt haben.“ Er verteidigte die Werbekampagne der

Ministerin mit den Worten: „Eigentlich sollte jeder sich die Sätze (der Werbespots, die Red.) in sein Gebetbuch schreiben.“ Es sei richtig, für Bioläden zu werben, denn dort würden die Produkte schließlich verkauft.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) hielt es für verhängnisvoll zu sagen: „Wir werden nichts verändern, denn alles ist gut, wie es bisher war.“ Sie wies die Behauptung zurück, im Lande würde der ökologische Landbau bevorzugt: „Wir haben sehr bewusst ein Konzept für die gesamte Landwirtschaft gemacht.“ Auch die Agrarminister der anderen Länder täten inzwischen das, was in NRW seit 1995 gemacht werde: Verstärkte Förderung von artgerechter Tierhaltung, Agrarumweltmaßnahmen, Vertragsnaturschutz. Die Bauern würden nicht gezwungen, betonte sie, aber dass sie die Programme nachfragten, beweise, dass sie richtig seien; so werde schließlich die neue Agrarpolitik eingeleitet. In der Schweinehaltung seien die Niederlande und Dänemark schon weiter: „Wenn wir nicht aufpassen, sind wir die letzten, die hinterhertrampeln.“

★

Im weiteren Verlauf ergriffen noch das Wort **Clemens Pick** (CDU), **Dr. Stefan Romberg** (FDP), **Irmgard Schmid** (SPD) und **Reiner Priggen** (GRÜNE).



Aus 300 Meter Höhe aus dem Segelflugzeug ist es nicht erkennbar, ob der Landwirt den Boden konventionell oder ökologisch beackert. Den Produkten am Ende merkt man es an: Die einen sind teurer als die anderen. Was die Rückstände und Schadstoffe in ihnen angeht, so gibt es bei heimischen Erzeugnissen, wie Untersuchungen bestätigen, offenbar keinen Unterschied zwischen Bioware und konventionell erzeugten Produkten.

Foto: Kamp

„Das Standesamt ist der richtige Ort“

Gegen die Stimmen der CDU hat der Landtag in zweiter Lesung das Gesetz des Landes NRW zur Regelung der Zuständigkeit des Verfahrens nach dem Lebenspartnersgesetz in Form der Beschlussempfehlung des Innenausschusses (Drs. 13/1567) unter Einbeziehung eines Änderungsantrags von SPD und GRÜNEN (Drs. 13/1584) verabschiedet. Damit ist der Weg dafür frei, dass gleichgeschlechtliche Paare in NRW ihre Partnerschaft vor einem Standesamt begründen können. Das war übergangsweise im Lande bisher nur bei den Bezirksregierungen möglich. **Hans Krings** (SPD) fand, die Bezirksregierungen seien nicht der richtige Platz, die Standesamtlösung sei besser. Man sei für das Gesetz über eingetragene Lebenspartnerschaften, erklärte Peter Biesenbach (CDU). Aber seine Fraktion sei dagegen, dass eine eheähnliche Einrichtung geschaffen werde. Wie in Bayern sollten die Notare die Eintragung vornehmen. **Dr. Robert Orth** (FDP) nannte die Umsetzung des Bundesgesetzes zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften durch das Landesrecht konsequent. **Marianne Hürten** (GRÜNE) verlangte gleiche Rechte für Lesben und Schwule und zudem gleichen Schutz für Kinder in diesen Lebensgemeinschaften. **Innenminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) erinnerte daran, das Bundesverfassungsgericht habe jüngst zugunsten der Lebenspartnerschaft für Lesben und Schwule entschieden. Die Eintragung, so seine Auffassung, könne nur vor dem Standesamt geschehen. Alles andere wäre eine weitere Diskriminierung.

Prozess der Modernisierung in der Justiz in vollem Gang

Koalition will Aus- und Fortbildung verbessern

Die Qualität der Arbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz weiter zu verbessern — dem soll ein Antrag (Drs. 13/1542) dienen, den die beiden Koalitionsfraktionen vorgelegt haben. Darin regen die beiden Fraktionen „nach sorgfältiger Prüfung eine behutsame und schrittweise Neuausrichtung“ der justiz-eigenen Aus- und Fortbildung an. Der Justizminister, so weiter, solle zu Beginn kommenden Jahres ein entsprechendes Konzept mit Maßnahmevorschlägen dem Rechtsausschuss des Landtags vorlegen. — Der Antrag ist vom Plenum einstimmig zur abschließenden Beratung an den federführenden Rechtsausschuss überwiesen worden.

Dr. Gerd Bollermann (SPD) führte aus, die Bürgerinnen und Bürger erwarteten zu Recht eine leistungsfähige und bürgerfreundliche Justiz. „Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Auch jetzt schon gehören die Justizmitarbeiterinnen und -mitarbeiter zu den Leistungsträgern im öffentlichen Dienst. Aber wir wollen, dass sie noch besser werden.“ Es werde in den nächsten Jahren neue Aufgaben und neue Formen der Zusammenarbeit geben; so werde der Servicegedanke stärker in den Vordergrund treten, und die Frage der Finanzierbarkeit staatlicher Aufgaben werde verstärkt wirtschaftliche Kompetenz erfordern. Auch die rasante Entwicklung der Technik werde zu bewältigen sein. Die europäische Integration werde sich auswirken; schematische Routinearbeiten würden zunehmend wegfallen. Das alles sei alles mehr als nur ein kleiner Veränderungsprozess. Befähigte und qualifizierte Mitarbeiter seien das wichtigste Potenzial, um diesen Prozess zu gestalten. Künftig seien Personalentwicklung, Aus-, Fort- und Weiterbildung stärker als bisher miteinander zu verzahnen und zu vernetzen. Es müsse auf berufliche und gesellschaftliche Veränderungen schneller reagiert werden können. Um eine Optimierung und inhaltliche sowie organisatorische Neuausgestaltung des Aus- und Fortbildungswesens im Justizbereich werde man nicht herumkommen.

Sybille Haußmann (GRÜNE) sagte: „Mit unserem Antrag wollen wir die Beschäftigten in der Justiz unterstützen. Sie sollen eine verbesserte Ausbildung erhalten, die auf die veränderten Herausforderungen einer modernen Justiz vorbereitete und die mit einem verbesserten Fortbildungskonzept die heute Beschäftigten in die Lage versetzt, sich den veränderten Anforderungen zu stellen.“ Weil das Personal nicht einfach aufgestockt werden könne, müsse man genau rechnen und mit der „teuren Ressource Personal“ besonders verantwortlich und sparsam umgehen. Die optimale Aus- und Fortbildung sei ein Instrument, die Motivation

trotz der gestiegenen Anforderungen zu erhalten. Man brauche eine bürgernahe und effiziente Justiz. Die Menschen sollten das Gefühl haben können, möglichst schnell zu ihrem Recht zu kommen, in ihren Belangen ernst genommen und nicht von oben herab behandelt zu werden, sondern als Partner und Kunden.

Peter Biesenbach (CDU) bekannte, auch nach fünfmaligem Lesen habe er den Antrag nicht verstanden. Wenn das Papier ein Credo für die Rechtspolitik der Koalition sein solle, „dann ist das die totale Bankrotterklärung“. Er ärgere sich über die Intention, die hinter dem Antrag stecke, fuhr er fort, denn trotz des Dankes, der den Beschäftigten von beiden Vorrednern abgestattet worden sei, werde ihnen unterstellt, sie seien dumm und faul, und nur die Ausbildung müsse verbessert werden, damit die Betroffenen fleißiger und motivierter würden. Es könne keine Lösung sein, die Einrichtungen, etwa die Justizvollzugsämter, zusammenzufassen: Das bringe höhere Kosten und führe zu einem leistungsschwächeren Justizvollzug. Wenn nur die Ausbildung und Fortbildung geändert werden solle, dann würden die eigentlichen Probleme im Justizbereich einfach weggedrückt, etwa die mangelnde technische Ausstattung und die unzureichende personelle Situation bei Gerichtsvollziehern. Im Strafvollzug könnten 600 000 Überstunden nicht abgebaut werden. Biesenbach an die Koalition: „Mit Ihrem Antrag liegen Sie voll daneben.“ Er sei nichts als „heiße Luft“.

Jan Söffing (FDP) warf den beiden antragstellenden Fraktionen vor, sie kennten offenbar nicht die tatsächlichen Verhältnisse innerhalb der Justiz. Wer die Aus- und Fortbildung der Justizbediensteten als konzeptionslos brandmarkte, der schade dem Ansehen der Justiz. Die wirklichen Probleme lägen zum Beispiel in den rückläufigen Zahlen innerhalb der justizinternen Ausbildungsgänge, die über das Land verstreut seien. Hier seien Synergieeffekte zu erwirtschaften. Es stimme, dass die Fort- und Weiterbildung ein Teil einer integrierten Personalentwicklung sei: Darauf hätte man

schon vor fünf bis zehn Jahren kommen können, „aber auch hier ist an Ihnen der Zug der Justiz offenbar vorbeigefahren“. Konkrete Vorstellungen würden weiterhelfen, „aber keine Luftnummern, wie Sie sie hier vollbracht haben“. Er verweise im Übrigen auf den Entschließungsantrag (Drs. 13/1583) seiner Fraktion.

Justizminister Jochen Dieckmann (SPD) begrüßt den Antrag der Koalitionsfraktionen „ganz ausdrücklich“. Es sei nur zu begrüßen, wenn aus dem Parlament heraus der Anstoß komme, sich bei der Aus- und Fortbildung noch intensiver zu engagieren. Im Justizministerium werde schon seit einiger Zeit an einer inhaltlichen und organisatorischen Neuausrichtung des gesamten Aus- und Fortbildungswesens gearbeitet. Das schließe nicht aus, „dass wir uns nach wie vor engagiert um die Lösung der quantitativen Probleme kümmern“. Der Modernisierungsprozess sei ebenso in vollem Gange wie die Reorganisation in anderen Bereichen der Justiz. Wichtige Schritte seien getan. Er, Dieckmann, lege großen Wert darauf, dass der Dialog mit den Betroffenen gesucht werde. Der Mensch müsse mitgenommen werden — er, nicht die Technik, die Ausstattung oder die Organisation, sei die wichtigste Ressource, betonte der Minister.

Peter Biesenbach (CDU) warf der Regierung vor, sie erwarte von den Bediensteten, dass sie die Überstunden, die sie Monat für Monat machen, einfach akzeptierten. Die CDU werde nicht aufhören, die wirklichen Brennpunkte mit aller Schärfe deutlich zu machen und eine Gegenfinanzierung ihrer Vorschläge vorlegen.

Minister Jochen Dieckmann (SPD) machte darauf aufmerksam, in keinem großen, namhaften Unternehmen sei ein wirklicher Modernisierungsprozess bekannt, „bei dem die Debatte über die Quantität nicht durch eine Debatte über die Qualität begleitet worden wäre“. Er verstehe den Koalitionsantrag als „eine Abrundung und als eine zukunftsgerichtete Zielsetzung dessen, was wir neben der Lösung der tagesaktuellen Probleme unternehmen müssen“.

„Rundfunk ist und bleibt Ländersache“

Eine klare Unterscheidung zwischen öffentlich-rechtlicher und privatwirtschaftlicher Betätigung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten verlangt die CDU-Fraktion in ihrem Antrag (Drs. 13/1538). Wenn die Anstalten Angebote über den geltenden Rundfunkstaatsvertrag hinaus machten, etwa ein programmabhängiges Online-Angebot, dann dürfe das nicht in Form einer Quersubventionierung aus Gebühren finanziert werden, sondern erfordere zusätzliche Finanzmittel; sonst erlitten die privaten Medien einen Wettbewerbsnachteil. In einem weiteren Antrag fordert die FDP-Fraktion (Drs. 13/1582) den WDR auf, „einen zeitgemäßen und mit den insbesondere EU-rechtlichen Anforderungen in Einklang stehenden Auftrag zu definieren“. Beide Anträge wurden an den Medienausschuss überwiesen. **Lothar Hegemann** (CDU) konstatierte, es gehe nicht um die Zerschlagung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Aber es könne nicht sein, dass sich die gebührenfinanzierten Anstalten am Markt wie kommer-

zielle Anbieter bewegten. Für die SPD hielt **Marc Jan Euemann** fest, der Funktionsauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks müsse gerade in der digitalen Welt dynamisch interpretiert werden. **Dr. Stefan Grüll** (FDP) meinte, wenn man einen starken und auch in Zukunft attraktiven öffentlichen Rundfunk in Komplementärfunktion zu den Privaten haben wolle, dann müssten nicht die „Programmkapriolen“ der Privaten Gebühren finanziert geschlagen werden. **Oliver Keymis** (GRÜNE) fand nicht, dass man der auf europäischen Ebene geführten Debatte über eine angebliche (unerlaubte) Beihilfe durch die öffentlich-rechtliche Finanzierung folgen müsse. **Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) betonte, Kultur und Rundfunk seien ureigene Sache der Länder. Diese Unabhängigkeit müsse erhalten bleiben. Brüssel habe sich herauszuhalten. Angesichts der Entwicklung wäre es verhängnisvoll, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk „auf irgendeine Weise zum Rückzug zu bringen“.

Signal gegen Gewalt im privaten Bereich

Polizei soll Täter befristet aus der Wohnung „wegweisen“ können



In erster Lesung hat der Landtag das Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes und des Ordnungsbehördengesetzes (Drs. 13/1525) beraten. Eingebracht wurde dieser von der Landesregierung erarbeitete Gesetzentwurf durch

Landesinnenminister Dr. Fritz Behrens (SPD, Foto). Der Entwurf, so der Innenminister, solle eine bessere Bekämpfung der häuslichen Gewalt ermöglichen. Er enthalte Maßnahmen, die den künftig verbesserten zivilgerichtlichen Rechtsschutz durch das voraussichtlich Anfang kommenden Jahres in Kraft tretende so genannte Gewaltschutzgesetz des Bundes begleiten und ergänzen sollen.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) führte aus, Kernstück des Gesetzes sei eine spezielle neue Vorschrift des Paragraphen 34 a im Polizeigesetz. Sie ermächtige die Polizei in Fällen häuslicher Gewalt, den Täter für mehrere Tage aus der vom Opfer bewohnten Wohnung zu verweisen und ein mehrtägiges Rückkehrverbot gegenüber dem Täter auszusprechen. Das sei die so genannte „Wegweisung“. Die werde ausgesprochen, wenn vom Täter eine gegenwärtige Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit einer anderen in der Wohnung lebenden Person ausgeht. Es sei zunächst ein Zeitraum von zehn Tagen für die Dauer der Wohnungsverweisung und des Rückkehrverbots vorgesehen. In dieser Zeit solle das oft schon seit Jahren mit Gewalt konfrontierte Opfer sich beruhigen und weitere Schritte mit Helfern überlegen können. Der Zeitraum reiche auch aus, wenn das angerufene Gericht eine Anhörung der Parteien für erforderlich halte. Weitere Regelungen dienten dazu, dass die gefährdete Person geschützt und auf die Möglichkeiten der Unterstützung durch geeignete Beratungsstellen hingewiesen wird. Der Minister: „Damit wollen wir erreichen, dass die Gefahr künftiger Gewaltanwendung nach dem polizeilichen Einschreiten dauerhaft beseitigt wird.“ Die neuen Regelungen im Ordnungsbehörden-gesetz sollten sicherstellen, dass die Befugnis zu Wohnungsverweisung und Rückkehrverbot nur der Polizei, nicht aber der allgemeinen Ordnungsbehörde zukommt. Abschließend erklärte Behrens: „Mit dem Gesetzentwurf ist das eindeutige politische Signal verbunden, der Staat toleriert Gewalt in der häuslichen Sphäre ebenso wenig wie im öffentlichen Raum. Vielmehr stellt sich der Staat eindeutig auf die Seite der Gewaltopfer und sieht deren Schutz daher gegenüber den Belangen des Täters grundsätzlich als vorrangig an“.

Renate Drewke (SPD) verwies wie der Innenminister auf Erfahrungen in Österreich. Dort sei die Frist von zunächst sieben Tagen auf zehn verlängert worden. Dies reiche aus, um sich über die eigene Lebenssituation und das weitere Vorgehen klar zu wer-

den und um Unterstützung durch Frauenberatungsstellen, Anwälte und kommunale Stellen zu erhalten. Die Frist verlängere sich um weitere zehn Tage, wenn die Frau einen zivilrechtlichen Anspruch auf Wohnungsüberlassung erhebe. Mit der im Land gefundenen Lösung könne man sich im bundesweiten Vergleich sehen lassen, erklärte die Sprecherin. Weiteren Aufschluss werde die geplante Anhörung bringen.

Tanja Brakensiek (CDU) warf der Landesregierung vor, sie lege ihren Gesetzentwurf zu spät vor: In Baden-Württemberg und Sachsen sei schon längst aktiv geworden.



Renate Drewke (SPD), Tanja Brakensiek (CDU), Dr. Robert Orth (FDP) und Marianne Hürten (GRÜNE)

Fotos: Schälte

Die vorgesehene Anhörung sei eigentlich überflüssig, denn anscheinend habe sich das Ministerium, auch ohne die Sachverständigen gehört zu haben, schon eine Meinung gebildet. Daher sei ein sachgerechter Umgang mit dem Gesetzentwurf nicht möglich. An Stelle von plötzlichem Aktivismus verlange sie „einen ernsthaften Umgang mit den Anliegen und Problemen misshandelter Frauen, Kinder und anderer Opfer häuslicher Gewalt“.

Dr. Robert Orth (FDP) unterstützte das Ziel des Entwurfs „uneingeschränkt“. Bedenklich sei es, dass der Wille der gefährdeten Person, ob es bald zu einer Wegweisung kommt oder nicht, unbeachtlich ist: „Es handelt sich hier um ein objektives Kriterium für das Vorliegen einer Gefahr. Und es muss von der Polizei entschieden werden, ob die öffentliche Sicherheit gefährdet ist.“ Die FDP wünsche sich, dass in der weiteren Diskussion der Wille des Opfers stärker in den Mittelpunkt gerückt wird. Erörterungsbedarf gebe es auch bei der doppelten Zuständigkeit von Verwaltungs- und Zivilgerichtsbarkeit: Zum einen könne der vermeintliche Gewalttäter vor Gericht ziehen und gegen die Wegweisung klagen, während auf der anderen Seite zeitgleich der einstweilige Rechtsschutz im

zivilrechtlichen Verfahren laufe. Das könne zu zwei unterschiedlichen Urteilen führen, führte der Abgeordnete aus. Für die Polizei schließlich gebe es das Problem, dass sie in Verfassungsgüter eingreifen und entscheiden müsse, ob der Gewalttäter nun wirklich eine Gewalttat begangen hat oder nicht. Wenn manches auch bei erstem Augenschein erkannt werden könne, in Zweifelsfällen sollte aber die Frist nicht so lange angesetzt werden, wie dies vorgesehen sei.

Marianne Hürten (GRÜNE) sagte, das Motto bei Gewalt im privaten Bereich sei in Zukunft ganz klar: „Rote Karte für den Gewalttäter! Keine Toleranz für Gewalt in den privaten vier Wänden! Der Täter geht, das Opfer bleibt!“ Von der Anhörung erhoffe sie Aufschluss darüber, ob die im Landesgesetz enthaltenen Voraussetzungen für die Weg-

weisung hinreichend klar sind oder ob durch die erforderliche Ermessensentscheidung der Polizei möglicherweise Unsicherheiten auftreten. Man werde zu prüfen haben, ob der Ermessensspielraum nicht stärker eingegrenzt werden könne. Die Sprecherin nannte weitere Unterschiede zum österreichischen Gesetz und regte an: „Klare Vorgaben gerade für diese in der Praxis sicher sehr schwierigen Einsätze wären nicht nur für die Einsatzkräfte hilfreich, sondern sie würden auch eine einheitliche Rechtsanwendung gewährleisten.“

Familienministerin Birgit Fischer (SPD) stellte fest: „Die Frauen brauchen Hilfe, aber sie brauchen keine Bevormundung.“ Man könne und müsse Hilfe und Unterstützung anbieten, aber die Entscheidung über den weiteren Lebensweg müsse bei der Frau liegen. Im Konfliktfall sei die Polizei zuerst am Ort; sie werde anbieten, eine Beratungsstelle zu informieren und dazu ermutigen, dieses Angebot anzunehmen und gegebenenfalls die Kontakte herstellen, „aber sie wird sich nicht über den Willen der Frau hinwegsetzen“. Termindruck widerspreche da der angebotenen Hilfestellung, unter Druck werde selten eine sachgerechte Entscheidung getroffen, gab sie zu bedenken.

In den Ruhestand verabschiedet hat die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Barbara Wieschermann (CDU), einen Petitionsbeamten der ersten Stunde. Ministerialrat Dr. Bernhard Piltz (65) hat sich seit 1969 vor allem dem schwierigen Bereich von Eingaben gewidmet, die Menschen aus dem Strafvollzug und der Psychiatrie an den Landtag gerichtet haben. In deren Interesse und im Auftrag des Petitionsausschusses war der Jurist Piltz oft und viel im Lande unterwegs, um den zahlreichen Bitten um Hilfe nachzugehen.

Foto: Schälte



„Ganztagsbetreuung integriert Bildung, Erziehung und Betreuung“

Die SPD-Fraktion hat auf ihrer Klausurtagung im Kreis Borken die „Offene Ganztagschule“ beschlossen. Ziel ist es, die Schule zum Mittelpunkt für die Ganztagsbetreuung von Kindern und Jugendlichen zu machen. Die Fraktion beschloss, dass an der Offenen Ganztagschule die bisherigen Betreuungsangebote der Schule und der Jugendhilfe zusammengefasst werden. „Wir bekennen uns damit zu einem integrierten Konzept der Bildung, Erziehung und Betreuung“, erklärte die stellvertretende

Fraktionsvorsitzende Brigitte Speth. Die Offene Ganztagschule soll sich nach dem Wunsch der SPD-Fraktion unterschiedlicher Professionalitäten bedienen. Neben Lehrerinnen und Lehrern sollen dort unter anderem Erzieherinnen und Sozialpädagogen tätig sein. Zentrales Merkmal soll sein, dass verlässliche und flexible Betreuungsangebote organisiert werden. Je nach Bedarf, sollen Betreuungszeiten auch in den Ferien sowie vor 8.00 Uhr und nach 16.00 Uhr vorgehalten werden. Die Angebote der Offenen Ganz-

tagsschule sollen nicht verpflichtend sein. Aus Gründen der Planungssicherheit bleibt allerdings eine einmal erfolgte Anmeldung für ein Jahr verbindlich.

„Ganztagsangebote für Schulkinder können nur vor Ort organisiert, entwickelt und den Bedürfnissen entsprechend gestaltet werden“, unterstrich Brigitte Speth. Alle Beteiligten müssten jetzt in die Verwirklichung des Konzeptes eingebunden werden. Speth kündigte an, dass deswegen mit allen Verantwortlichen auch auf der kommunalen Ebene vorbereitende Gespräche geführt werden. Es sei Aufgabe des Landes, mit den Kommunen gemeinsam die Rahmenbedingungen zu erörtern.

Rüttgers: Ära Müntefering die verlorenen Jahre der NRW-SPD – Clement ein Ministerpräsident mit auch parteiinternem Verfallsdatum

Zu den Entwicklungen in der NRW-SPD erklärt der Landes- und Fraktionsvorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU, Jürgen Rüttgers:

„Die Ära von Franz Müntefering als SPD-Landesvorsitzender wird als die ‚verlorenen Jahre‘ in die Geschichte der NRW-SPD eingehen.“

Als Ergebnis von Münteferings Amtszeit bleiben teilweise dramatische Stimmenverluste bei Europa-, Kommunal- und Landtagswahl, der Verlust der SPD-Machtbasis im Ruhrgebiet, eine geschei-

terte Parteireform und ständige Auseinandersetzungen mit Ministerpräsident Clement. Kein Wunder, dass die NRW-SPD jetzt genug von Müntefering hat und ihn aus dem Amt drängt.

Als gescheiterter Landesvorsitzender in NRW ist Müntefering auch in Berlin ein Generalsekretär auf Abruf. Wer schon die heimischen Truppen nicht ordentlich aufstellen kann, hat in einer Führungsposition auf Bundesebene erst recht nichts zu suchen. Das Problem Müntefering ist jetzt auch ein Problem Schröder.

Auch Ministerpräsident Clement ist ein Verlierer dieser Personalrochade. Er ist ab jetzt ein Ministerpräsident mit einem auch parteiinternen politischen Verfallsdatum. Sein SPD-intern ausserkorener Nachfolger sitzt ihm im Nacken und im Kabinett. Angesichts seiner mageren Erfolgsbilanz keine fröhlichen Regierungsaussichten für den selbst ernannten Macher Clement.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

Wilke: Abbau von Studienplätzen an Fachhochschulen stoppen

Die FDP-Landtagsfraktion spricht sich für einen sofortigen Stopp des Studienplatzabbaus an den Fachhochschulen aus und fordert ein Handlungskonzept gegen den weiteren Rückbau im Fachhochschulbereich NRW. Der wissenschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Professor Dr. Friedrich Wilke, sagte: „Die Fachhochschule hat sich in unserem Ausbildungssystem seit mehr als 30 Jahren bewährt. Gerade in der heutigen Zeit knapper Fachkräfte werden in berufsbezogenen Studiengängen praxisgerecht ausgebildete Absolventen dringend benötigt.“

Im Rahmen des so genannten Qualitätspaktes zwischen Land und Hochschulen finde bereits ein Abbau von Studienplätzen statt, sagte Wilke.

Ein weiterer Abbau drohe nun bei der Umwandlung von Gesamthochschulen in Universitäten, wenn die Fachhochschulen für den dortigen Verlust der FH-Studiengänge keinen entsprechenden Ersatz erhielten. Von gegenwärtig 2189 Professuren seien 391, also nahezu 20 Prozent, von Streichung bedroht.

Wilke hält eine Umschichtung von Ressourcen in den Fachhochschulbereich für dringend erforderlich. Der FDP-Politiker: „Bislang hat die Landesregierung ihr hochschulpolitisches Ziel, die Fachhochschulen sollten 40 Prozent aller Studienanfänger stellen, deutlich verfehlt. Mit der gegenwärtigen Hochschulpolitik wird sie dieses Ziel auch in Zukunft nicht erreichen.“ Der aktuelle Bericht des Bundesministeriums weist den

Anteil der Fachhochschulen an allen Studienanfängern bundesweit mit 27,9 Prozent aus – in NRW sind es lediglich 22,4 Prozent.

Fachhochschulen sind in den vergangenen 30 Jahren zu einem erfolgreichen Pfeiler unseres Hochschulsystems herangewachsen. Ihre fachwissenschaftlichen Studiengänge werden heute von Absolventen aller Schularten angenommen, und ihre praxisorientierte Lehre und Forschung sind unverzichtbare Faktoren, insbesondere auch für die regionale Wirtschaftsstruktur.

Sollte den Fachhochschulen keine bessere personelle Ausstattung gewährt werden, wäre es durchaus nachvollziehbar, wenn sie die Zielvereinbarungen, die die Landesregierung mit ihnen schließen will, nicht unterzeichneten.

Diesseits des Rubikon

Die rasanten Entwicklungen in den Biowissenschaften und der Fortpflanzungsmedizin rufen bei vielen Menschen sowohl Hoffnungen und Erwartungen als auch Befürchtungen und Ängste hervor. Und je mehr die Diskussion um Begriffe wie Präimplantationsdiagnostik und In-Vitro-Fertilisation, „therapeutisches“ Klonen und embryonale Stammzellen in den Blick einer breiten Öffentlichkeit rückt, desto klarer wird, dass hiermit neue Fragen verbunden sind, deren Beantwortung grundlegende Auswirkungen auf das Menschenbild und das Zusammenleben von Menschen in unserer Gesellschaft haben werden. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im

Landtag von Nordrhein-Westfalen möchte daher im Vorfeld der anstehenden Entscheidungen auf Bundesebene die Gelegenheit nutzen, um in einem Dialog mit Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen nach Antworten auf diese Fragen zu suchen, die den Weg für einen breiten gesellschaftlichen Konsens ebnen können.

„Diesseits des Rubikon – Biowissenschaften und Fortpflanzungsmedizin in gesellschaftlicher Verantwortung“ ist deshalb eine Veranstaltung überschrieben, die die Themen der engagierten Landtagsdebatte im vergangenen Juni konstruktiv aufgreift. Am 31. Oktober diskutieren hierzu im Rahmen dieser Veranstaltung im nordrhein-westfälischen Landtag Politiker/innen und Experten/innen in zwei Foren.

Zu der Frage „Grenzen der Forschung (?) – Fortschritt nach menschlichem Maß“ werden Prof. Dr. Dietmar Mieth, Moralthologe (Universität Tübingen), Prof. Dr. Claus Bartram, Humangenetiker (Universität Heidelberg), Prof. Dr. Wolfram Höfling, Staatsrechtler (Universität Köln) und Krista Sager, GRÜNEN-Mitglied in der Hamburgischen Bürgerschaft, diskutieren. In der zweiten Runde nehmen Christa Nickels MdB (Gelsenkirchen), Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der deutschen Ärztekammer (Berlin)/angefragt und Dr. Andreas Jürgens, Sprecher des Verbandes behinderter Juristinnen und Juristen (Kassel) Stellung. Interessenten wenden sich für weitere Informationen an die Pressestelle der Landtagsfraktion (Tel. 02 11-8 84 28 87)

Erlass-Debatte

Der umstrittene Schweinehaltungserlass der Landesregierung — auch Gegenstand der Erörterung des Landtagsplenums am 4. Oktober aufgrund eines CDU-Antrags (Drs. 13/1569) — war Thema des Landwirtschaftsausschusses unter Marie-Luise Fasse (CDU). Dabei räumte Staatssekretär Dr. Thomas Griese weiteren Beratungsbedarf ein.

Griese fuhr fort, schon die alte Verordnung habe eine Verpflichtung zum Mindestbetreuungsaufwand enthalten; es sei „Unsinn“ weiszumachen, „es stünde hinter jedem Tierhalter jemand mit der Stoppuhr und messe die 20 Sekunden“. Es gehe doch nicht an, dass in industriell geführten Anlagen mit personalarmer Betreuung ein höherer Krankheitsdruck und damit ein höherer Arzneimiteleinsatz zu verzeichnen sei. Ein Einzelner könne nicht eine uferlose Zahl von Schweinen betreuen. Darum seien als Richtwert 1 500 Plätze pro Betreuungsperson („wobei mithelfende Familienangehörige mitzählen“) festgelegt worden.

Reinhold Sendker (CDU) befürchtete, mit dieser Festlegung könnte sich der Arbeits- und Lohnaufwand für die Mäster im Lande verdoppeln: Wettbewerbsnachteile und Produktionsverlagerungen seien die Folge. Felix Becker (FDP) begrüßte die Bemühungen der Landesregierung um mehr Tierschutz in der Schweinehaltung. Die 20 Sekunden seien ein „bürokratischer Papiertiger“. Die bei der Liegefläche favorisierten Gummimatten sähen Praktiker als Unfallquelle an, wenn sie nass würden. Reiner Priggen (GRÜNE) hielt die Kritik am Betreuungsaufwand für vorgeschoben: Schon im ungünstigen Erlass habe es geheißen, dass die Tiere zweimal am Tag zu beobachten seien. Irmgard Schmid (SPD) sah mit dem vorliegenden Erlass die Wettbewerbsfähigkeit der Schweinemastbetriebe gefährdet. Sie halte eine Abgleich der entsprechenden dänischen und niederländischen Bestimmungen mit den nordrhein-westfälischen für dringend notwendig.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schalte, Telefon: (02 11) 884 23 03, 884 23 04, 884 25 45 und 884 23 09, FAX 884 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

„So kann das nicht weitergehen“, sagt Andrea Milz überzeugt. Für die 38-jährige CDU-Landtagsabgeordnete aus dem Rhein-Sieg-Kreis ist es ganz offensichtlich, dass die Landtagsdebatten gestrafft und interessanter werden müssen. „Jedes Gespräch, das ich führe, ist informativ. Jeder Außentermin lohnt sich“, erklärt die Parlamentarierin. Doch die Plenarwochen seien zumeist enttäuschend. „Die bringen nicht weiter. Die sind nicht spannend“, urteilt die Christdemokratin, die seit Juni 2000 im Düsseldorf-Landtag sitzt.

Ihre negative Einschätzung der Plenartage teilt die temperamentvolle Frau mit anderen jungen Unionsabgeordneten. Gemeinsam wurden sie deshalb beim Landtagspräsidenten vorstellig und mahnten Reformen an. Ulrich Schmidt zeigte sich durchaus aufgeschlossen und riet, sich in anderen Fraktionen „Verbündete“ zu suchen, um dem Landesparlament zu etwas mehr Frische und Lebendigkeit zu verhelfen. Erste Gespräche mit Jung-Parlamentariern anderer Parteien haben bereits stattgefunden. „Vielleicht schaffen wir es ja, den Düsseldorf-Landtag etwas aufzumischen“, hofft Andrea Milz. Die agile CDU-Frau weiß sehr wohl, dass schon eine Reihe Politiker vor ihr vergeblich diesen Versuch unternommen hat. Doch das stört sie nicht. „Wenn mir jemand sagt, das habe ich schon drei Mal versucht, dann versuche ich es eben zum vierten Mal“, betont Milz. Etwas einmal als richtig Erkanntes so einfach aufzugeben, gehört nicht zu den Charaktereigenschaften der zielstrebigsten Frau aus Königswinter.

Das zeigt auch ihre beachtliche Karriere von der Sekretärin zur Landtagsabgeordneten. Nach mittlerer Reife und höherer Handelsschule arbeitete sie in der CDU-Bundesgeschäftsstelle, avancierte schnell zur Chefsekretärin und Sachbearbeiterin, wechselte in die Pressestelle des Postministeriums, wo sie nach nicht allzu langer Zeit kommissarische Abteilungsleiterin wurde. „Immer wenn ich Lust hatte zu wechseln, kam jemand, der mich haben wollte“, schildert Andrea Milz ihren imponierenden beruflichen Aufstieg als ganz selbstverständlich.

Zur Politik fand die flippige Frau, die man ihrem bunten und extravaganen Äußeren nach eher bei den GRÜNEN als in der CDU vermuten würde, bereits als Schülerin mit 17 Jahren. „Ich habe in einer Marmeladenfabrik in Bad Honnef Ferienarbeit gemacht, als mir in einer verregneten Mittagspause ein junger Mann aus Rheinland-Pfalz vorgeschwärmt hat, wie toll die Junge Union ist. Ich habe ihm fasziniert zugehört und danach bei meinem eigenen Ortsverein in Königswinter angeklopft.“ Bereits ein Jahr später, 1981, ist Andrea Milz, deren Eltern absolut nichts mit Politik zu tun hatten, in die CDU eingetreten. „Ich habe mir die Partei ausgesucht, die am meisten meinen Vorstellungen entsprach“, sagt die CDU-Frau rückblickend und ergänzt: „Ich erwarte keine 100-prozenti-



Andrea Milz (CDU)

ge Übereinstimmung, aber 70 Prozent müssen es schon sein.“

Ebenso wie im Beruf ging es für Andrea Milz auch innerhalb der Partei rasch nach oben. Das Jahr 1985/86 sah sie als Pressesprecherin des CDU-Stadtverbandes Königswinter. Seit 1989 war sie Mitglied im Rat der Stadt. 1994/95 wurde sie stellvertretende Fraktionsvorsitzende, nachdem sie bereits seit 1989 sachkundige Bürgerin der CDU-Kreisfraktion Rhein-Sieg-Kreis war. Gegen drei Gegenkandidaten setzte sie sich durch, als es um die Landtagskandidatur ging. Tatsächlich verteidigte Andrea Milz den Wahlkreis Rhein-Sieg auch bei der Wahl erfolgreich und trat die Nachfolge von Lokalmatador Franz Riscop an.

Mit ihrem neuen Leben als Parlamentarierin hat sich die CDU-Frau angefreundet, wenn sie auch jetzt schon weiß: „20 Jahre lang werde ich nicht Oppositionspolitikerin bleiben.“ Für die nächste Legislaturperiode will sie ganz sicher wieder antreten. Doch elf Jahre Oppositionsarbeit, bei der sie nur wenig bewegen könne, das kann sie sich nicht vorstellen: „Ich bin voller Tatendrang, da muss mehr passieren.“ Entsprechend wirbelt sie durch Landtag und Wahlkreis. Zumeist ist sie an jedem Wochenende unterwegs und an Nicht-Plenartagen werktags oft im Wahlkreisbüro anzutreffen. „Ich verstehe mich als Dienstleister — sowohl für den Bürger als auch für die Partei“, beschreibt Andrea Milz ihre Aufgabe.

Im Landtag ist es ihr auf Anhieb gelungen, in den begehrten Wirtschaftsausschuss zu kommen. Im außerdem gewünschten Jugendausschuss wurde sie nur Stellvertreterin. Dafür arbeitet sie als ordentliches Mitglied im Petitionsausschuss mit. Engagiert besucht sie alle Sitzungen und hat ihre Jungferrede im Plenum mit Bravour und ohne jedes Lampenfieber absolviert. „Das kenne ich von der Bühne. Das regt mich nicht auf“, sagt die Aufsteigerin, zu deren ausgefallenen Hobbys nicht nur die Schauspielerlei gehört. Andrea Milz ist ausgebildete Hula-Tänzerin, spielt Schach, nimmt Unterricht in Silberschmiederei, näht ihre Kleidung selber, hat über 250 selbst gestrickte Pullover im Schrank und geht für ihr Leben gern in eine ganz bestimmte Techno-Disko. Gerlind Schaidt

Geburtstagsliste

vom 9. Oktober bis 4. November 2001

- 9.10. **Stephan Gatter** (SPD), 46 J.
- 10.10. **Ewald Groth** (GRÜNE), 48 J.
- 11.10. **Helga Gießelmann** (SPD), 52 J.
- 12.10. **Günter Langen** (CDU), 66 J.
- 13.10. **Manfred Degen** (SPD), 62 J.
- 13.10. **Hans Krings** (SPD), 59 J.
- 13.10. **Wolfgang Schmitz** (CDU), 53 J.
- 16.10. **Klaus Stallmann** (CDU), 56 J.
- 17.10. **Heinz-Peter Gasse** (SPD), 49 J.
- 23.10. **Bernhard Schemmer** (CDU), 51 J.
- 24.10. **Reinhold Sendker** (CDU), 49 J.
- 25.10. **Carina Gödecke** (SPD), 43 J.
- 29.10. **Sybillie Haußmann** (GRÜNE), 41 J.
- 30.10. **Ina Meise-Laukamp** (SPD), 44 J.
- 4.11. **Brigitte Herrmann** (GRÜNE), 51 J.

★
Ute Koczy (GRÜNE) ist vom Landtag Nordrhein-Westfalen als Mitglied des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) für die fünfte Mandatsperiode von 2002 bis 2004 benannt worden. Dieses Gremium ist 1994 auf Beschluss des Ministerkomitees des Europarates eingerichtet worden.

★
Gabriele Sikora (SPD) ist auf Vorschlag der beiden Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE für die dritte Mandatsperiode des Ausschusses der Regionen (2002 bis 2006) der Europäischen Union als stellvertretendes Mitglied vom Landtag benannt worden.

★
Personelle Veränderungen hat es beim Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen (LRH) gegeben. Auf gemeinsamen Vorschlag aller vier Fraktionen hat der Landtag auf seiner 38. Sitzung Anfang Oktober **Dr. Hartmut Heikaus**, Direktor beim LRH, zum Vizepräsidenten des LRH gewählt. Die Leitende Ministerialrätin **Annegret Keisers** wurde zur Direktorin und die Ministerialräte **Dr. Uwe Hähnlein** und **Eduard Jahnz** wurden zu Mitgliedern des LRH gewählt.

★
Franz-Josef Pangels (CDU) ist in der russischen Hauptstadt mit der Ehrenurkunde der Moskauer Stadt-Duma ausgezeichnet worden. Pangels erhielt die hohe Auszeichnung als erster Ausländer für seinen unermüdeten Einsatz zum Wohl der russischen Hauptstadt und für seinen Beitrag zum Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Abgeordnetenreden in Gebärdensprache übersetzt



Schon Tradition haben die Besuche des Rheinisch-Westfälischen Berufskollegs für Hörgeschädigte aus Essen im Landtag Nordrhein-Westfalen. Diese Jugendlichen der Jahrgangsstufe 5, die sich auf die mittlere Reife vorbereiten — das Kolleg bietet auch alle anderen Schulabschlüsse an — und im nächsten Jahr in die Ausbildung gehen, verfolgten von der Besuchertribüne her das Geschehen der letzten Plenarsitzung. Erläuterungen gab dabei Ricarda Meier, Lehrerin am Berufskolleg (r.). Sie übersetzte auch die Redebeiträge der Landtagsabgeordneten in die Gebärdensprache. Die jungen Leute waren sehr interessiert und merkten besonders auf, als sie in den Gesprächen erfuhren, dass der Landtag Schülerpraktika anbietet und auch ausbildet: Zwei entschlossen sich daraufhin spontan, sich beim Landtag zu bewerben. Seit Jahren betreut die Abgeordnete Jarka Pazdziora-Merk (SPD) die Schülerinnen und Schüler und lädt sie regelmäßig in den Landtag ein. Dass die jungen Leute mit offenen Augen durch den Landtag gehen, beweist ihr Vorschlag, die Filme, die Besucherinnen und Besuchern über die Arbeit des Landtags gezeigt werden, mit Schrift zu unterlegen, weil Hörgeschädigte große Schwierigkeiten haben, den Ton zu verstehen, der den Bildern unterlegt ist.

Foto: Schälte

Haushälter in ihrer traditionellen Klausur

Der Haushalts- und Finanzausschuss eröffnete unter Leitung seines Vorsitzenden Volkmar Klein (CDU) die Haushaltsberatungen 2002 mit der traditionellen „Haushaltsklausur“ Ende September im Kreis Lippe.

In der Sparkasse Detmold wurde der Ausschuss vom Vorstandsvorsitzenden Helmut Kruse begrüßt. Kruse erläuterte, die Sparkasse Detmold sei als Zweckverbandssparkasse des Kreises Lippe, der Städte Detmold, Horn-Bad Meinberg und Lage das größte lippische Kreditinstitut mit 774 Mitarbeitern sowie 55 Auszubildenden und einer Bilanzsumme von rund 4,9 Milliarden Mark.

In den Beratungen über den Landeshaushalt 2002 standen der Einzelplan 20 — All-

gemeine Finanzverwaltung — mit den Steuereinnahmen und den Leistungen des Landes an die Kommunen, die Texte des Haushaltsgesetzes und des Haushaltsbegleitgesetzes sowie der Einzelplan 12 — Finanzministerium — im Mittelpunkt. Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) berichtete, der Haushalt wachse trotz zwangsläufiger Mehrausgaben nur um 0,1 Prozent. Die Ausgaben für die Kommunen stiegen um 3,5 Prozent. 190 Millionen Euro sollten durch Reduzierungen in verschiedenen Programmen eingespart werden; dies habe auch Auswirkungen auf die Kommunen. Es sei verständlich, dass die Kürzungen bei den Betroffenen auf wenig Gegenliebe stießen. Allerdings erwarte er konstruktive Gegenvorschläge. Geplant seien weiterhin die Veräußerung von For-

derungen des Landes in Höhe von rund 160 Millionen Euro, eine Entnahme aus Rücklagen und eine neue NRW-Anleihe. Manfred Palmen, Michael Thomas Breuer und Helmut Diegel (alle CDU) wiesen auf die seit Jahresbeginn zurückgehenden Steuereinnahmen hin, bemängelten, dass mehr Geld für Zinsen ausgegeben werde als für Investitionen und wollten wissen, welche Forderungen das Land veräußern wolle. Helmut Stahl (CDU) fragte nach den Überlegungen zu den Versicherungen für neu einzustellende Beamte. Edith Müller (GRÜNE) interessierte der Kostenvergleich zwischen Beamten und Angestellten. Diegel und Stahl forderten eine ausführliche Diskussion im weiteren Verlauf der Haushaltsberatungen über den Personalbedarf in der Steuerverwaltung. *Silvia Winands*